

Mademie der Künste

Die Lohnberechnung nach Tarifordnung
B
für Gefolgschaftsmitglieder
im öffentlichen Dienst

Die Lohnberechnung nach Tarifordnung B für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst

Von Oberrentmeister Kabe, Frankfurt (Main)

Die einwandfreie Aufstellung der Lohnrechnungen für die Gefolgschaftsmitglieder des öffentlichen Dienstes erfordert insbesondere in den Fällen, in denen Zuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie Krankenbezüge zu berechnen sind, eine eingehende Kenntnis der vielfältigen tariflichen und lohnrechtlichen Vorschriften. Mit Rücksicht auf die vielfachen Änderungen und Ergänzungen der grundlegenden Bestimmungen soll nachstehend versucht werden, durch übersichtliche Zusammenstellung der für die Lohnberechnung maßgebenden Vorschriften der seit dem 1. April 1938 gültigen Tarifordnung B (T.O. B.), der dazugehörigen Allgemeinen Dienstordnung (A.D.O.) und der für den Geschäftsbereich der einzelnen Ministerien erlassenen Besonderen Dienstordnungen zur Tarifordnung B sowie der allgemeinen lohnrechtlichen Bestimmungen den Überblick zu erleichtern und an der Hand verschiedener Beispiele die Lohnberechnung in den schwierigeren Fällen übersichtlich darzulegen.

Die Lohnwoche umfaßt die Zeit von Sonntag früh 6 Uhr bis zum nächsten Sonntag früh 6 Uhr. Der Lohn ist für die laufende Lohnwoche jeweils am Freitag zu zahlen; gekündigten Arbeitern wird der Lohn für die laufende Lohnwoche am letzten Arbeitstage gezahlt. Fällt der Zahlungstag auf einen Feiertag oder auf den Vortag eines Feiertages, so wird bereits am zweiten Werktag vor dem Feiertag entlohnt. Zur Vereinfachung der Abrechnung können Lohnablässe für eine Woche oder jezt während des Krieges auch für den Zeitraum von jeweils zwei Wochen in ungefähre Höhe der nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verbleibenden Nettolöhne in vollen Markbeträgen ausbezahlt werden. In diesen Fällen müssen jedoch die Löhne und die einzubehaltenden Abzüge unter Anrechnung der gewährten Abschlagszahlungen in jedem Kalendervierteljahr dreimal, also für die Zeiträume von vier oder fünf Wochen, genau berechnet werden. Die sich ergebenden Restlöhne, die sich möglichst nur auf Beträge unter einer Reichsmark belaufen sollen, sind mit der nächsten Abschlagszahlung nach Fertigstellung der Lohnabrechnungen auszuzahlen. Jedem Gefolgschaftsmitglied ist eine Lohnabrechnung, aus der die Einzelbeträge der Löhne und Zulagen und der Abzüge ersichtlich sein müssen, auszuhändigen. An Lohnempfänger, die am Zahlungstag beurlaubt sind und sich außerhalb ihres dienstlichen Wohnortes aufhalten, können die Dienstbezüge für die Urlaubszeit am Tage vor dem Beginn des Urlaubs, frühestens jedoch am fünften Werktag vor dem ersten Zahlungstage im Urlaub gezahlt werden.

Grundlöhne

Jeder Dienstort ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen der Lebensverhältnisse, dem Beschäftigungsstande und in industriereichen Orten auch entsprechend den Lohnverhältnissen vergleichbarer Gefolgschaftsmitglieder in vergleichbaren Betrieben einer bestimmten Ortslohnstufe zugeordnet, die aus dem als Anlage 1 der T.O. B. angefügten Ortslohnstufen-Verzeichnis ersichtlich ist. Es ist die Ortslohnstufe der politischen Gemeinde anzuwenden, in deren Bereich die Beschäftigungsdienststelle liegt, sofern die Arbeit an mehreren Orten, für die verschiedene Ortslohnstufen festgesetzt sind, auszuführen, so ist für die ständigen Gefolgschaftsmitglieder die Ortslohnstufe ihres ständigen Dienstortes, für die vorübergehend eingestellten Gefolgschaftsmitglieder die Ortslohnstufe derjenigen Gemeinde anzuwenden, in deren Bereich das zu entlohnende Gefolgschaftsmitglied seinen ständigen Wohnort hat.

Man unterscheidet ferner in der Hauptsache drei Lohngruppen: Lohngruppe A (Handwerker), Lohngruppe B (angelernte Arbeiter) und Lohngruppe C (ungelernte Arbeiter). Durch die Besonderen Dienstordnungen zur T.O. B. sind für den Geschäftsbereich der einzelnen Ministerien noch ergänzende Sonderlohngruppen gebildet worden. Die Besonderen Dienstordnungen zur T.O. B. für den Geschäftsbereich des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern und des Preussischen Finanzministeriums sehen fünf Sonderlohngruppen vor, und zwar die Sonderlohngruppen I und II für Gefolgschaftsmitglieder der Lohngruppe B und die Sonderlohngruppen III bis V für Lohnempfänger der Lohngruppe A. Jedes Gefolgschaftsmitglied ist in die Lohngruppe einzuweisen, die der von ihm überwiegend ausgeübten Tätigkeit nach dem Lohngruppenverzeichnis der T.O. B. und der Besonderen Dienstordnung entspricht. Die Annahme hat stets nach Lohngruppe C, B oder A, die Einweisung in die Sonderlohngruppen durch schriftliche Verfügung entsprechend den Bestimmungen der Dienstordnung zu geschehen.

Der Grundlohn der Lohnbildung ist in jeder Ortslohnstufe der Stundenlohn des 21-jährigen männlichen Gefolgschafts-

mitgliedes der Lohngruppe C im ersten Dienstjahr. Der Lohn eines minderjährigen Gefolgschaftsmitgliedes beträgt nach vollendetem 16. Lebensjahr 70 vH., nach dem 17. Lebensjahr 75 vH., nach dem 18. Lebensjahr 85 vH. und nach vollendetem 20. Lebensjahr 90 vH. des Volllohnes des Einundzwanzigjährigen. Verheiratete männliche Gefolgschaftsmitglieder unter 21 Jahren erhalten den Volllohn. Der Lohn eines noch nicht 16 Jahre alten Gefolgschaftsmitgliedes wird entsprechend seiner Leistung in Grenzen des Lohnes eines Sechzehnjährigen durch die Dienststelle festgesetzt, die den Arbeitsvertrag abschließt. Durch den ersten Begleiterlohn zu der Besonderen Dienstordnung zur T.O. B. für den Geschäftsbereich des Preussischen Finanzministeriums waren 60 vH. des Volllohnes vorgesehen. Die festgesetzten Hunderteile werden von dem Stundenlohn des Einundzwanzigjährigen zusätzlich etwaiger Lohngruppenzuschläge berechnet. Die höheren Bezüge werden mit dem Beginn des Lohnungszeitraums gezahlt, in den der Geburtstag fällt. Nichtvollbeschäftigte Gefolgschaftsmitglieder erhalten von dem Dienstentgelt, das für vollbeschäftigte festgesetzt ist, einen Teil, der dem Maß ihrer Arbeitsleistung entspricht.

Dienstzeitzulagen

Gefolgschaftsmitglieder, die seit Vollendung des 21. Lebensjahres eine Dienstzeit von drei Jahren zurückgelegt haben, erhalten zu dem Grundlohn eine Dienstzeitzulage von 2 vH., mindestens aber von 2 Pf. für die Stunde. Nach Erreichung einer fünfjährigen Dienstzeit steigert sich die Dienstzeitzulage auf 4 vH., mindestens aber auf 4 Pf., und nach siebenjähriger Dienstzeit auf 6 vH., mindestens aber auf 5 Pf. für die Lohnstunde. Hierbei ist zu beachten, daß sich bei Gewährung einer Dienstzeitzulage der Gesamtstundenlohn um die vorstehenden Mindestbeträge erhöhen muß. Die höhere Dienstzeitzulage wird von Beginn des Lohnungszeitraums gewährt, innerhalb dessen die höhere Dienstzeit erreicht wird. Von den vor Vollendung des 21. Lebensjahres liegenden Zeiten werden nur Kriegsdienstzeiten und Dienstzeiten bei amtlich anerkannten Grenzsicherungsformationen und Freikorps berücksichtigt, und zwar in voller Höhe. Weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern wird Dienstzeitzulage in Höhe der vorstehend angeführten Reichspennungsbeträge gewährt.

Lohngruppenzuschläge

Der Stundenlohn der Lohngruppe B wird durch einen Zuschlag von 10 vH. der der Lohngruppe A durch einen Zuschlag von 30 vH. des Grundlohns zusätzlich einer etwaigen Dienstzeitzulage der Lohngruppe C gebildet. Weibliche Gefolgschaftsmitglieder, die in Tätigkeiten der Lohngruppen B und A beschäftigt werden, erhalten die gleichen Zuschläge vom Stundenlohn der ungelerten Arbeiterinnen. Die durch die Besonderen Dienstordnungen der einzelnen Ministerien eingeführten Sonderlohngruppen gelten für männliche Gefolgschaftsmitglieder. Für Lohnempfänger der Sonderlohngruppe I der Besonderen Dienstordnungen für den Geschäftsbereich des Reichs- u. Preuß. Ministeriums des Innern und des Preussischen Finanzministeriums wird ein Zuschlag von 15 vH. für Angehörige der Sonderlohngruppe II ein Zuschlag von 20 vH. des Grundlohns der Lohngruppe C zusätzlich der Dienstzeitzulage gewährt. Diese Gefolgschaftsmitglieder erhalten also den Stundenlohn der Lohngruppe B zusätzlich eines Zuschlages von 5 bzw. 10 vH. des Stundenlohns (Grundlohn + Dienstzeitzulage) der Lohngruppe C. Der Lohn der Sonderlohngruppen III, IV und V wird durch Zuschläge in Höhe von 40, 50 bzw. 60 vH. des Stundenlohns der Lohngruppe C gebildet. Das entspricht dem Stundenlohn der Lohngruppe A zusätzlich eines Zuschlages von 10, 20 bzw. 30 vH. des Stundenlohns der Lohngruppe C. Der Sonderlohn V kann in jedem Falle nur mit ministerieller Genehmigung gewährt werden. Auch der Sonderlohn II kommt, abgesehen von den im Sonderlohngruppenverzeichnis II bezeichneten Fällen allgemein nicht zur Anwendung, sondern nur in bestimmten Fällen mit Genehmigung des Ministers.

Mehrarbeit

Hinsichtlich der Mehrarbeit ist zu unterscheiden zwischen Mehrarbeitsstunden und Ueberstunden. Die regelmäßige Arbeitszeit (ausschließlich der Pausen) beträgt nach § 8 der Allgemeinen Tarifordnung auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen wöchentlich 48 Stunden unter Ausschluss der Sonntage. Die im Bedarfsfalle hierüber hinaus zu leistenden Arbeitsstunden gelten als Ueberstunden im Sinne der Tarifordnung, soweit sie nicht durch Gewährung von Freizeit ausgeglichen werden. Wird auch an Sonntagen auf Grund der Dienstordnung oder des Arbeitsvertrages im Rahmen

der gesetzlichen Vorschriften regelmäßig gearbeitet, so sind die im Bedarfsfalle an Werk- oder Sonntagen zu leistenden Arbeitsstunden, die über die gesamte regelmäßige Arbeitszeit an Werk- und Sonntagen in der Woche hinausgehen und nicht durch Freizeit ausgeglichen werden, ebenfalls als Überstunden oder den Arbeitsvertrag die regelmäßige Arbeitszeit abweichend von der normalen Arbeitszeit nach § 8 der Allgemeinen Tarifordnung festgesetzt ist und hierdurch im Durchschnitt zweier aufeinanderfolgender Wochen das 48stündige wöchentliche Wochenarbeitsmaß überschritten wird, so gelten die über dieses Wochenarbeitsmaß hinausgehenden regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden als Mehrarbeitsstunden. Die im Bedarfsfalle zu leistenden weiteren Arbeitsstunden, die über die gesamte regelmäßige Arbeitszeit (Arbeitszeit zuzüglich Mehrarbeitsstunden und zuzüglich etwaiger Sonntagsarbeit) hinausgehen, werden als Überstunden berechnet.

Die Höhe des für Mehrarbeit zu zahlenden Zuschlages, der an die Zustimmung des zuständigen Reichsministers gebunden ist, wird durch die Dienstordnung bestimmt. Er beträgt für den Geschäftsbereich des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern 15 vH. des Gesamtstundenlohns. Der Zuschlag wird nicht gewährt, soweit nach besonderen Vorschriften die für die Beamten maßgebende Arbeitszeit auf die Lohnempfänger übertragen oder ein Jahreszeitenausgleich (Saisonausgleich) festgesetzt ist. Für Überstunden wird neben dem Lohn ein Zuschlag von 25 vH. des Gesamtstundenlohns gewährt, sofern die Arbeitszeit der Beamten auf Grund besonderer Vorschriften nicht auch für die Lohnempfänger maßgebend ist.

Bei der Überstundenberechnung sind für jeden zu berücksichtigenden Urlaubstag, Krankheitstag, Wochenfeiertag sowie für jeden Tag, an dem das Gesamtstundenmaß aus sonstigen Gründen vom Dienst befreit war, die Stunden mitzuzählen, die ohne diese Ausfallgründe bei regelmäßigem Verlauf des Dienstes abgeleistet worden wären. Überstunden sind auf dringende Fälle zu beschränken und möglichst bis zum Ablauf der darauffolgenden dritten Kalenderwoche abzufeuern. Für abgefeuerte Überstunden wird in dem Lohnungszeitraum, in dem die Überstunde geleistet ist, lediglich der Zuschlag gezahlt. Der zu gewöhnliche Lohn wird, um die Auszahlung eines künftigen gleichbleibenden Lohnbetrages zu ermöglichen, in dem Lohnungszeitraum gezahlt, in dem sonst durch das Abfeuern ein Lohnausfall entstehen würde. Nichtabgefeuerte Überstunden werden spätestens nach Ablauf der für das Abfeuern zulässigen Frist von drei Wochen abgerechnet.

Sonn- und Feiertagsarbeit

Für die gesamte an Sonntagen zwischen 00 und 24 Uhr geleistete Arbeit wird gegebenenfalls neben den Zuschlägen für Mehrarbeit oder Überstunden ein Sonderzuschlag von 1,08 RM. gewährt. An den auf einen Wochentag folgenden reichsgesetzlichen Feiertagen wird der Lohn für die ausfallende Arbeitszeit in der Höhe gezahlt, die sich bei regelmäßigem Verlauf des Dienstes an diesen Tagen ergeben hätte, also ohne Berücksichtigung etwaiger Überstunden. Das gleiche gilt für den Fronleichnamstag und das Reformationsfest dort, wo sie nach den gesetzlichen Vorschriften Feiertage sind. Auch an diesen Wochenfeiertagen gearbeitet werden, so erhalten die Gesamtstundenmitglieder zu dem Gesamtstundenlohn einen Wochenfeiertagszuschlag in Höhe von 80 vH. Neben diesem Zuschlag werden die sonstigen Überstundenzuschläge nicht gewährt. Die Sonntags- und Wochenfeiertagszuschläge entfallen, wenn nach besonderen Vorschriften die für die Beamten maßgebende Arbeitszeit auf die Gesamtstundenmitglieder übertragen ist.

Nachdienstzuschläge

Die Gewährung von Nachdienstzuschlägen wird durch die besonderen Dienstordnungen geregelt. Im Geschäftsbereich des Preussischen Finanzministeriums erhalten Gesamtstundenmitglieder mit mindestens 48 Stunden regelmäßiger Arbeitszeit für die in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr verrichtete Arbeit einen Zuschlag von 10 Rpf. für die Stunde, der mit Wirkung vom 15. Dezember 1940 ab für die Dauer des Krieges in doppelter Höhe zu gewähren ist. Beträgt die nächtliche Arbeitszeit weniger als eine Stunde, so wird kein Zuschlag gezahlt. Der Zuschlag wird ferner höchstens für sechs innerhalb einer Nachtschicht abgeleistete Arbeitsstunden gewährt. Überschreitet die Arbeitszeit eine Stunde, so werden bei Teilen einer Stunde Arbeitszeiten unter 10 Minuten nicht berechnet, Arbeitszeiten von 10 bis 30 Minuten mit dem Zuschlag für eine halbe Stunde und Arbeitszeiten von mehr als 30 Minuten mit dem Zuschlag für eine volle Stunde vergütet. Unterbrochene Arbeitszeiten sind zusammenzuzählen. Der Nachdienstzuschlag wird gegebenenfalls neben den Zuschlägen für Sonn- und Feiertagsarbeit und für Mehrarbeit gezahlt. Er ist lohnrechtlich eine Aufwandsentschädigung, also lohnsteuerfrei.

Zulagen für besondere Arbeiten

Für die Verrichtung besonders schmutziger Arbeiten, die einen außergewöhnlichen Kleiderverschleiß bedingen, oder für gesundheitsschädliche Arbeiten kann eine besondere Entschädigung (Schmutz-

zulage) gezahlt werden, deren Höhe auf Antrag der Dienststelle von dem zuständigen Minister festgesetzt wird. Sie wird in bestimmten Fällen neben dem Lohn, nicht in Hunderteilen vom Grundlohn gewährt, und zwar in der Regel je Stunde. Tägliche Lohnzuschläge werden zu dieser Entschädigung nicht gezahlt.

Kinderzuschläge

Nach der Neufassung der betreffenden Bestimmungen der TD. B werden die Kinderzuschläge mit Wirkung vom 1. Januar 1941 ab unter Zugrundelegung des für die Beamten maßgebenden Monatslohnes gewährt. Der Zuschlag beträgt für jedes Kind bei einer regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigung von 36 Stunden oder mehr monatlich 20 RM. oder wöchentlich 4,60 RM. Wenn das Dienstverhältnis nicht während eines ganzen Lohnzeitraums fortbesteht, z. B. bei Einstellung oder beim Ausscheiden während des Lohnmonats oder der Lohnwoche, wird für jedes Kind und jeden Tag, an dem ein Dienstverhältnis in diesem Teillohnzeitraum bestand, ein Zuschlag von 0,65 RM. gezahlt. Diese Sätze ermäßigen sich auf drei Viertel, wenn die regelmäßige wöchentliche Beschäftigung zwischen 24 und 36 Wochenstunden liegt, ohne 36 Stunden zu erreichen, und auf die Hälfte, wenn die regelmäßige wöchentliche Beschäftigung weniger als 24 Stunden beträgt.

Für dasselbe Kind wird nur einmal Kinderzuschlag gewährt. Verheirateten oder geschiedenen weiblichen Gesamtstundenmitgliedern wird der Kinderzuschlag nur gezahlt, wenn der Vater die Kinder nicht unterhalten kann. In den Fällen, in denen der Kinderzuschlag auf Grund versorgungsrechtlicher Bestimmungen gewährt wird, ist er im Falle eines Beschäftigungsverhältnisses nach den tariflichen Bestimmungen nicht mehr zu zahlen.

Der Kinderzuschlag wird gewährt oder erhöht sich mit dem Beginn des Monats, in dem der Familienzuwachs eintritt, frühestens jedoch mit dem Beginn des Dienstverhältnisses. Er entfällt oder vermindert sich mit dem Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem sich das für den Wegfall oder die Verminderung maßgebende Ereignis zugetragen hat. Die Zahlung ist jedoch in jedem Falle spätestens mit dem Ende des Dienstverhältnisses einzustellen. Wenn ein Gesamtstundenmitglied für eine bestimmte Zeit den Anspruch auf Dienstentgelt verliert, so vermindert sich auch der Kinderzuschlag für jeden veräumten Arbeitstag um die vorstehend angegebenen Sätze.

Etolange der Ehemann aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung Arbeitslosenunterstützung bezieht, ist ein Kinderzuschlag an das weibliche Gesamtstundenmitglied nicht zu zahlen.

Für Kinder, deren deutsche Erziehung nicht gewährleistet ist, wird ein Kinderzuschlag nicht gewährt. Im übrigen finden hinsichtlich der Gewährung der Kinderzuschläge die für die Beamten geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Für jedes zuschlagberechtigte Kind, das am 23. Dezember des 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird dem Lohnempfänger, der monatlich ohne Kinderzuschläge nicht mehr als 300 RM. an Dienstbezüge erhalten, in jedem Jahre eine Weihnachtszuwendung von 8 RM. gezahlt, wenn die Beschäftigung im öffentlichen Dienst im laufenden Jahre mindestens zwölf Wochen erreicht. Kinder, die bis zum Ende des laufenden Jahres hinzutreten, werden mit berücksichtigt. Für ein uneheliches Kind ist die Voraussetzung zur Zahlung der Zuwendung nur gegeben, wenn die Mutter als Gesamtstundenmitglied einen Kinderzuschlag für das Kind erhält oder wenn der Vater das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat und aus diesem Grunde den Kinderzuschlag bekommt.

Bei Feststellung der Bewilligungsgrenze für die Weihnachtszuwendung sind nur die steuerpflichtigen laufenden Bezüge zu berücksichtigen. Bei vollbeschäftigten Arbeitern sind allgemein 26 Arbeitstage im Monat zugrunde zu legen. Die Zuwendungen sind steuer- und beitragspflichtig, sofern sie nicht eisen gespart werden.

Beispiele unter Zugrundelegung der Besonderen Dienstordnung für den Bereich des Preuss. Fin.-Min.

1. Berechnung des Stundenlohnes	
Elektromonteur, Sonderlohngruppe III (Handwerker, Lohngruppe A). Dertliche Lohnstaffel 4. Dienstzeiten nach Vollendung des 21. Lebensjahres: 5 Jahre 6 Monate, verheiratet, 2 Kinder.	
Stundenlohn der Lohngruppe C =	68 Rpf.
Dienstzeitzulage 4 vH. =	2,72 "
	zusammen 70,72 Rpf.
Zuschlag für Lohngruppe A (30 vH.) =	21,216 Rpf.
" " Sonderlohngruppe III (10 vH. der Lohngruppe C) =	7,072 "
	Gesamtstundenlohn abgerundet 99 Rpf.
Der Stundenlohn ohne Dienstzulage errechnet sich wie folgt:	
Stundenlohn der Lohngruppe C =	68 Rpf.
Zuschlag für Lohngruppe A (30 vH.) =	20,40 "
" " Sonderlohngruppe III (10 vH. der Lohngruppe C) =	6,80 "
	Gesamtstundenlohn abgerundet 95 Rpf.

Der Vorschlag, daß die Dienstzeitzulage im vorstehenden Beispiel mindestens 4 Rpf. für die Lohnstunde betragen muß, ist mithin genügt.

2. Berechnung des Wochenlohnes:

In einer Woche sind außer der normalen Arbeitszeit von 48 Stunden noch 12 Überstunden, 4 Nachtstunden, 4 Sonntagsstunden und 3 Wochenfeiertagsstunden, insgesamt 71 Arbeitsstunden geleistet worden.

Stundenlohn nach vorstehendem Beispiel = 99 Rpf.
mithin Wochenlohn für 71 Arbeitsstunden = . . . 70,29 RM.
Dazu Kinderzuschläge für 2 Kinder je 4,60 RM. = . . . 9,20 "

mithin steuerpflichtiger Wochenlohn = . . . 79,49 RM.

Dazu folgende steuerfreie und sozialversicherungsfreie Zuschläge:

a) für 12 Überstunden, 4 Nachtstunden und 4 Sonntagsstunden, insgesamt für 20 Stunden je 25 Rpf. = (25 vH. von 99 Rpf. = 24,75 Rpf., abgerundet 25 Rpf.)	5,00 RM.
b) für 4 Nachtstunden je 20 Rpf. =	0,80 "
c) für Sonntagsarbeit =	1,08 "
d) für 3 Wochenfeiertagsstunden je 70 Rpf. = (80 vH. von 99 Rpf. = 79,2 Rpf., abgerundet 79 Rpf.)	2,37 "

Mithin Gesamtstundenlohn 88,74 RM.

Die Lohnberechnung erfolgt nach folgenden Grundsätzen: Zu dem Stundenlohn der Lohngruppe C tritt die Dienstzeitzulage. Aus dem so errechneten Lohn werden die Zulage in den Lohngruppen B und A durch die vorgesehenen Zuschläge gebildet. Bei der Berechnung dieses Gesamtstundenlohns fallen am Schluß der Gesamtberechnung für die einzelne Stunde Teilbeträge unter 0,5 Rpf. fort. Teilbeträge von 0,5 Rpf. und darüber werden auf volle Reichspennung aufgerundet. Von diesem abgerundeten Stundenlohn werden gegebenenfalls neben einander die Überstunden- und Wochenfeiertagszuschläge berechnet. Diese Aufzählungsbestimmung ist auch bei weiblichen Gesamtstundenmitgliedern anzuwenden. Dem sich nach der Wochenarbeitszeit ergebenden Wochenlohn wird der Kinderzuschlag zugezählt.

Sofern jedoch durch eine besondere Dienstordnung die Dienstzeitzulage ausschließlich in Höhe der vorgesehenen Reichspennungsbeträge festgelegt ist, wird diese Zulage nicht dem Grundlohn der Lohngruppe C, sondern dem sich ergebenden Gesamtbetrag am Schluß der Lohnberechnung zugezählt. Bei der Berechnung der für die Lohngruppe B bzw. A vorgesehenen prozentualen Zuschläge dürfen also die in Rpf. festgelegten Dienstzeitzulagen nicht berücksichtigt werden.

Nach dem RVerl. d. Pr. Fin. Min. vom 4. 9. 1941 soll der Stundenlohn sämtlicher Gesamtstundenmitglieder stets nur in vollen Rpf.-Beträgen dargestellt werden. Der Berechnung der Zuschläge für die innerhalb eines Lohnzahlungszeitraums geleisteten Überstunden ist daher auch ein auf volle Rpf. abgerundeter Stundenlohn zugrunde zu legen.

Die Zuschläge für Mehrarbeit und für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen über den Grundlohn hinaus gezahlt werden, sind lohnsteuerfrei und auch bei der Berechnung der Beiträge zu den Sozialversicherungen außer Betracht zu lassen. Die Beitragsanteile des Arbeitgebers zu der zuzählenden Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer, insbesondere zu der Unfallversicherungsanstalt des Reichs und der Länder, sind mit Wirkung vom 1. Januar 1942 ab nur noch insoweit als steuerpflichtiger Arbeitslohn anzusehen, als sie den Betrag von 26 RM. monatlich oder 6 RM. wöchentlich übersteigen.

Lohnentziehungen innerhalb der Lohnperiode bedingen keine nachträgliche Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge; die Lohnstufe ändert sich erst mit der nächsten Beitragszahlung.

Krankenbezüge

Im Falle einer durch Erkrankung oder Unfall eingetretenen Dienstunfähigkeit werden den Gesamtstundenmitgliedern vom ersten Tage an, an dem eine volle Dienstschicht versäumt wird, Krankenzuschüsse gezahlt. Wurde an dem Tage der Erkrankung noch gearbeitet, so wird der Lohn für die geleisteten Arbeitsstunden nach den geltenden Bestimmungen, für die an diesem Tage ausgefallene regelmäßige Arbeitszeit der Zeitlohn für die Beschäftigung gezahlt, die das Gesamtstundenmitglied bei regelmäßigem Verlauf seines Dienstes in der ausgefallenen Arbeitszeit ohne Überstunden wahrgenommen hätte.

Die Krankenzuschüsse betragen, wenn eine Krankenhausbehandlung nicht erforderlich ist, 90 vH., bei einem Betriebsunfall im Sinne der einschlägigen Bestimmungen 100 vH. des Zeitverdienstes, den das Gesamtstundenmitglied nach Abzug der Lohnsteuer und seiner Beitragsanteile zur Sozialversicherung und zum Reichslohn für den Arbeitseinsatz in der Zeit, für die ihm Krankenbezüge zu-

stehen, erhalten haben würde, wenn es während dieser Zeit gearbeitet hätte. Überstunden bleiben außer Betracht, soweit sie nicht auf schriftliche Anordnung eines zum Abschluß von Arbeitsverträgen befugten Betriebsführers in bestimmter Zahl seit mindestens sechs Monaten zu leisten waren. Im letzteren Falle kann bei der Berechnung der Krankenzuschüsse der der regelmäßigen Überstundenzahl entsprechende Lohn, jedoch ohne den Zuschlag von 25 vH., auch während einer sich an die Überstundenleistung unmittelbar anschließenden Erkrankung zugrunde gelegt werden. Die Zahlung darf auch erfolgen, wenn feststeht, daß die Überstundenleistung vor und nach der Erkrankung zusammen sechs Monate erreichen wird.

Im Falle einer Krankenhausbehandlung erhalten Ledige ein Viertel, Verheiratete und Lohnempfänger, die auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Angehörige unterhalten, drei Viertel des vorstehend erläuterten Zeitverdienstes. Verwitwete und geschiedene Gesamtstundenmitglieder sind den Verheirateten gleichzustellen, wenn sie einen eigenen Hausstand haben.

Von den Krankenbezügen werden in jedem Falle die Barleistungen (Krankenarbeitslohn, Hausgeld, Taschengeld usw.) der Krankentasse oder aus der Reichsversicherung oder einer Altersversorgung einer öffentlichen Verwaltung oder eines öffentlichen Betriebes in Abzug gebracht, auch wenn diese aus besonderen Gründen dem Gesamtstundenmitglied nicht in voller Höhe zufließen. Bei Mitgliedern von Erschaffenen werden die Barbezüge in Höhe der lohnungsmäßigen Barleistungen der zuständigen Pflichtkasse ohne Rücksicht auf die Barleistungen der Erschaffenen abgezogen.

Der verbleibende Betrag zuzüglich etwaiger Kinderzuschläge darf in keinem Falle über 90 vH. der lohnungsmäßigen Barleistung der zuständigen Pflichtkasse hinausgehen. Diese Bestimmung gilt nur für die Tage, für die das Gesamtstundenmitglied Barleistungen von der Pflichtkasse erhält oder erhalten würde, wenn es bei der Pflichtkasse versichert wäre. Die Gesamtleistungen des Dienstberechtigten (Krankenbezüge zuzüglich Kinderzuschläge) dürfen zusammen mit den Kassenbarleistungen den Betrag nicht überschreiten, den das Gesamtstundenmitglied im Falle der Arbeitsleistung an Zeitverdienst zuzüglich der Kinderzuschläge nach Abzug der Lohnsteuer und seiner Beitragsanteile zur Reichsversicherung oder einer Altersversorgung einer öffentlichen Verwaltung einschließlich der Beiträge zum Reichslohn für den Arbeitseinsatz in der Zeit, für die ihm Krankenbezüge zustehen, erhalten haben würde. Es wird dadurch sichergestellt, daß die Leistung des Trägers der Krankenversicherung die Hauptleistung ist, die der Dienstberechtigten nur eine Aufschlüsselung darstellt.

Krankenbezüge werden innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt gewährt bei einer Dienstzeit

bis zu 8 Monaten bis zur Dauer von 2 Wochen,	
von mehr als 8 Monaten bis zur Dauer von 6 Wochen,	
" " " 1 Jahr " " " 13 "	
" " " 3 Jahren " " " 26 "	

jedoch nicht über die Dauer des Dienstverhältnisses hinaus.

Ohne Rücksicht auf die Dienstzeit werden Krankenbezüge auch bis zur Dauer von 26 Wochen gewährt wenn sich Gesamtstundenmitglieder dienstlich den Gefahren feindlicher oder deutscher Kriegshandlungen aussetzen müssen und hierbei verwundet werden. In diesem Fall können die Krankenbezüge wie bei einem Betriebsunfall in voller Höhe des Zeitverdienstes gewährt werden.

Wenn im Laufe einer Krankheit die zu einem längeren Krankenbezüge berechtigende Dienstzeit vollendet wird, so werden die Krankenbezüge so gewährt, als wenn die längere Dienstzeit bereits bei Beginn der Krankheit vollendet wäre. Erstreckt sich eine Krankheit ununterbrochen von einem Kalenderjahr in das nächste Kalenderjahr, so bewendet es bei dem Anspruch aus dem vorhergehenden Jahr; es dürfen also in diesem Falle die Krankenbezüge insgesamt nur für die der Dienstzeit entsprechende Dauer bezogen werden. Das gleiche gilt, wenn im neuen Kalenderjahr innerhalb 13 Wochen nach Wiederaufnahme des Dienstes ein Rückfall nach Maßgabe der für die Krankenkassen gültigen gesetzlichen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung eintritt.

Der Anspruch auf Krankenbezüge erlischt von dem Zeitpunkt an, von dem Bezüge aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gezahlt werden. Im Falle einer Erkrankung während des Urlaubs sind bis zum Ende des Urlaubs die Dienstbezüge, von da an und während eines etwaigen unmittelbaren an die Krankheit anschließenden Nachurlaubs Krankenbezüge zu gewähren. Gesamtstundenmitglieder, die nicht pflichtversichert sind, erhalten an Stelle der Krankenbezüge eine Krankheitsbeihilfe in Höhe der ihnen im Falle der Pflichtversicherung zustehenden Krankenbezüge. Die Bestimmungen über den Abzug von Barleistungen der Krankentasse entfallen. Sozialversicherungsbeiträge sind während der Dauer der Erkrankung nicht zu entrichten, da die Krankenzuschüsse kein Arbeitsentgelt darstellen.

Was man wissen muß

Änderung der Beihilfengrundsätze

Die Grundätze über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen sind durch Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 25. 6. 1942 (RMBl. S. 157) im Einkommen mit dem Reichsminister des Innern geändert worden. Gleichzeitig sind die Beihilfengrundsätze, die in den letzten Jahren mehrfachen Änderungen und Ergänzungen unterworfen waren, neu gefaßt worden. Ueber die Neufassung ist eine Sonderausgabe hergestellt worden, die vom Verlag des Reichshaushalts- und Verwaltungsblattes (Trowitzsch u. Sohn, Berlin) bezogen werden kann. Zu dem von den Beihilfengrundätzen erfaßten Personenkreis gehören nunmehr neben den Beamten (einschl. der Beamtenanwärter), Warte- und Ruhegehaltsempfängern und Beamtenhinterbliebenen, Soldaten usw., auch die Verwaltungs-, Angestellten- und Handwerkslehrlinge. Auch wird festgestellt, daß die Empfänger von Kriegsbeihilfe ebenfalls antragsberechtigt sind. Das ist von Bedeutung für die Beamten, die unter Fortfall der Bezüge aus ihrem Beamtenverhältnis die Kriegsbeihilfe aus ihrem militärischen Dienstverhältnis beziehen. Beihilfen werden nur an deutsche Volksgenossen für Personen deutschen oder artverwandten Blutes geleistet.

Die Beihilfengrundätze galten bisher unmittelbar nur für die Beamten der Reichsverwaltungen. Ueber den bisherigen Rahmen hinausgehend wird nunmehr bestimmt, daß die Beihilfengrundätze auch für die Beamten der Länder gelten. Die Beamten der Gemeinden (Gemeindeverbände) und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts werden von den Beihilfengrundätzen nicht unmittelbar erfaßt. Bei diesen bestimmt vielmehr die oberste Aufsichtsbehörde, inwieweit die Beihilfengrundätze anzuwenden sind. Ueber die Frage der Anwendung der Beihilfengrundätze auf die bei der Reichsbahnbeamten-Krankenfürsorge Versicherten (Reichsbahnbeamten) entscheidet der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister.

An der Neufassung der Beihilfengrundätze ist stärker herausgearbeitet, daß, wenn auch die Beihilfen nicht in einem gerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden können, doch ein Anspruch auf diese besteht, daß sie jedenfalls nicht den Charakter einer Unterbilligung haben. Es handelt sich um Leistungen, die der Beamte bei Erfüllung der vorgeschriebenen Voraussetzungen erwarten kann. Dem entspricht es, wenn die Neufassung der Beihilfengrundätze dahin gewährt ist, daß die Beihilfen „festgesetzt“ werden. Darüber hinaus entspricht es dieser Auffassung, wenn dem Antragsberechtigten ausdrücklich das Recht der Anrufung der nächst höheren Stelle mit der Aufsichtsbefugnis eingeräumt wird, falls er sich durch eine unrichtige Handhabung der Beihilfengrundätze beschwert fühlt. Gründen der Verwaltungsvereinfachung entspricht es, wenn über die Anträge entschieden wird von den obersten Reichsbehörden nur für ihr Personal und für die Leiter der ihnen unmittelbar nachgeordneten Behörden, im übrigen aber von den den obersten Reichsbehörden unmittelbar nachgeordneten Behörden. Hinsichtlich ist die Regelung für den Bereich der preussischen Verwaltung. Im übrigen findet eine Mitwirkung der obersten Dienstbehörden nur in Ausnahmefällen statt. Andererseits ist die Bearbeitung und Entscheidung aus der Hand des unmittelbaren Dienstvorgesetzten genommen.

Die nach den Beihilfengrundätzen möglichen Leistungen sind weiter verbessert worden. Näheres enthält der Erlass.

Die neuen Beihilfengrundätze gelten mit Wirkung vom 1. August 1942, jedoch können sie auch auf die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erledigten Beihilfefälle aus früherer Zeit angewendet werden.

Wohnungsgeldzuschuß für Ledige

Nach § 10 Abs. 2 Befoldungsgef. ist der Besitz eines eigenen Hausstandes unerläßliche Voraussetzung für die Gewährung des vollen Wohnungsgeldzuschusses an ledige Beamte. Ein eigener Hausstand ist nach einem RMBl. des RMdJ. vom 3. 8. 1942 auch anzunehmen, wenn feststeht, daß der ledige Beamte überwiegend für die Kosten der Miete und des Unterhalts der im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen aufkommt. Der Mietvertrag braucht in diesem Falle nicht auf den Namen des ledigen Beamten abgeschlossen zu sein; es ist auch — abweichend von den Vorschriften des Umzugskostenrechts — nicht erforderlich, daß die Miete des gemeinsamen Haushalts sein Eigentum ist.

Hinsichtlich der Berechnung des Ausgleichsbetrages nach Nr. 10 der Durchf. Best. zum WMG ist der Ledige dem Ehepaar stets dann gleichzustellen, wenn ihm der volle Wohnungsgeldzuschuß nach § 10 Abs. 2 Befoldungsgef. gewährt wird (RMBl. Nr. 32, S. 1628).

Bereinigungen beim BDA und DBA

Der RMdJ. hat in einem RMBl. vom 4. 8. 1942 an die nachgeordneten Behörden in Preußen, in den Reichsgauen sowie in Hamburg und in der Weimarer Republik verschiedene Bereinigungen festgelegt, die sich auf die Berechnungsart des Befoldungsalters und des Diätendienstalters beziehen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß die Anrechnung von Vordienstzeiten auf die für die Regelung des BDA zuständigen Dienststellen übertragen wird (RMBl. Nr. 32, Seite 1629).

Fürsorge für abgeordnete Dienstkräfte

Der RMdJ. hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Heimatbehörden gegenüber abgeordneten Dienstkräften die ihnen obliegende Fürsorgepflicht nicht vernachlässigen dürfen, daß vielmehr die Benachteiligung dieser Kräfte unter allen Umständen vermeiden werden muß. Es ist mit der Fürsorgepflicht des Dienstvorgesetzten (des Führers der Verwaltung oder des Betriebes) grundsätzlich uneinsehbar, abgeordneten Dienstkräften die Wohnung zu kündigen, die sie mit ihrer Familie als Dienstwohnung, als Dienstwohnung innehaben oder als Mietwohnung in einem Grundstück, das dem Dienstherren gehört oder auf dessen Vermietung er Einfluß nehmen kann. Von Ausnahmefällen abgesehen, verdienen — namentlich im Hinblick auf den Aufbau der Verwaltung in den eingegliederten und besetzten Gebieten — die Belange des abgeordneten Beamten (Angestellten, Arbeiters) den Vorrang gegenüber dem an sich berechtigten Wunsch des Dienstherren, über eine solche Wohnung anderweit zu verfügen. Derartige Rän-

digungen haben demnach grundsätzlich so lange zu unterbleiben, bis der abgeordnete Beamte usw. an dem neuen Dienstort für sich und seine Familie ein geeignetes Unterkommen gefunden hat (RMBl. Nr. 32, S. 1635).

Erholungsurlaub für beschädigte Beamte

darf nach einem RMBl. des RMdJ. vom 11. 8. 1942, der zugleich im Namen des OAB. des RMdJ. und des RMdJ. ergangen ist, schon dann gewährt werden, wenn eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 vH. (bisher 30 vH.) vorliegt (RMBl. Nr. 33, S. 1665).

Fahrtkosten der Beschuldigten in Dienststrafverfahren

Der RMdJ. weist in einem für alle Behörden maßgebenden RMBl. vom 14. 8. 1942 darauf hin, daß einem Beschuldigten im Dienststrafverfahren auf Antrag Vorstände für Fahrtkosten zum persönlichen Erscheinen vor einem Dienststrafgericht gegeben werden können. Der Erlass bringt noch weitere Einzelheiten hinsichtlich der Verfahrensweise (RMBl. Nr. 33, S. 1668).

Entschädigung für Wegtreten im Gebirge

Beamte, die bei Dienstreisen Wegtreten in gebirgigen Gegenden zurücklegen müssen, können hierfür nach einem RMBl. des RMdJ. vom 20. 8. 1942, der im Einkommen mit dem RMdJ. ergangen ist, entschädigt werden, wenn es sich um Wegtreten innerhalb des Geschäftsorts nach abgeordnetem gelegenen Ortsteilen handelt, die mehr als 2 km entfernt liegen und nur zu Fuß unter Überwindung harter Steigungen erreicht werden können.

Der RMdJ. gilt auch bei Dienstreisen von Angehörigen der Ordnungswahl- und der Sicherheitspol. mit der Maßgabe, daß er nicht anzuwenden ist

- a) innerhalb des Bereichs der eigenen Pol.-Bew.,
- b) innerhalb des einem Beamten zugewiesenen Dienstbezirks, für dessen Befreiung der Beamte durch eine Pauschalvergütung entschädigt wird (RMBl. Nr. 34, S. 1697).

Wohnungsbeschaffung für Umsiedler

Umsiedler, die in ein Beamtenverhältnis oder ein Beschäftigungsverhältnis des öffentlichen Dienstes übernommen sind und eine Wohnung erhalten haben, scheiden nach einem RMBl. des RMdJ. vom 21. 8. 42 damit aus der Betreuung des bis dahin zuständigen Anstellungsamtes des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums aus. Benötigen sie infolge einer Verletzung eine andere Wohnung, so ist, soweit eine Betreuung erforderlich ist, hierfür nicht mehr der für den neuen Dienstort zuständige Anstellungsstab, sondern die neue Dienstbehörde zuständig (RMBl. Nr. 34, S. 1700).

Uebungsbeispiele

Übung A 23

1. Ist der Tod die Folge einer im Weltkriege erlittenen DB., so erhält im Falle der Scheidung die frühere Ehefrau des Verstorbenen Witwenrente, wenn der Verstorbene allein für schuldig erklärt oder wenn die Ehe wegen Geisteskrankheit des Verstorbenen geschieden ist (§ 33 ABG.). Es besteht also ein Anspruch der geschiedenen Ehefrau auf Witwenrente, es sei denn, daß die Ehe nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst und nach dem 6. 6. 31 geschlossen wurde. Denn in diesem Falle hat auch eine sonstige Witwe keinen Anspruch auf Witwenrente. Die Gewährung der Witwenrente an die geschiedene Ehefrau ist nicht davon abhängig, daß der Verstorbene seine Unterhaltspflicht zu Lebzeiten auch tatsächlich erfüllt hat. Ist der Verstorbene überwiegend für schuldig erklärt worden oder hat er der Frau im Falle der Scheidung ohne Verschulden der Ehegatten Unterhalt zu gewähren, so kann der geschiedenen Ehefrau des verstorbenen Mannes eine Witwenbeihilfe bis zur Höhe der Witwenrente bewilligt werden.

2. Falls der frühere allein für schuldig erklärte Ehemann beim jetzigen Eintrag der Wehrmacht fällt, so bestimmt sich die Verlorung der geschiedenen Ehefrau nach § 109 Wehrmachtsfürsorge-Befoldungsgef. (WMG.), d. h. das Oberkommando der Wehrmacht kann im Einkommen mit dem Reichsminister der Finanzen einer solchen geschiedenen Ehefrau einen Unterhaltsbeitrag gewähren, dazu die Witwenzulage nach § 17 Eintrag — WMG. Diese Frau hat also keinen Anspruch auf das Witwengeld oder die Witwenrente des WMG. Voraussetzung für die Gewährung des jederzeit widerruflichen Unterhaltsbeitrages ist, daß die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Ehefrau zur Befreiung des Verstorbenen eines Bedürfnisses gelangt. Der gleiche Unterhaltsbeitrag kann auch gewährt werden, wenn der Ehemann für überwiegend schuldig erklärt worden ist oder wenn er der Frau im Falle der Scheidung ohne Verschulden beider Ehegatten Unterhalt zu gewähren hat.

3. Fällt der frühere Ehemann einer geschiedenen Ehefrau jetzt einem feindlichen Fliegerangriff zum Opfer, so richtet sich die Verlorung nach der Personenschadenverordnung vom 10. 11. 1940, die sich ihrerseits wieder in ihren Grundzügen an das WMG. anlehnt. Auch für eine solche Ehefrau besteht kein Anspruch auf eine Witwenrente, sondern es kommt nur in Frage ein Unterhaltsbeitrag, wie unter vorstehender Nr. 2 des näheren aufgeführt ist.

Übung A 24

Die Zahlungen sind sowohl der Zeitfolge nach als auch nach der dem Reichshaushaltsplan entsprechenden oder sonst vorgesehenen Ordnung zu buchen. Für die Buchungen nach der Zeitfolge dienen die Zeitbücher, für die zweite Art der Buchungen die Sachbücher; daneben werden Hilfsbücher geführt.

Nach den Bestimmungen der Reichslohnordnung werden folgende Bücher geführt:

1. als Zeitbücher das Hauptbuch, ggf. Vorbücher zum Hauptbuch;
2. als Sachbücher das Titelbuch, das Verrechnungsbuch, das Vorbuchbuch und das Abrechnungsbuch;
3. als Hilfsbücher die Tageslabden, das Postfachkontogebuch, die Girokontogebücher usw.

Zwecke des Staates und der Gemeinden. Der Abgesandte im Lande Bayern entspricht auch die Rechtslage im Lande Österreich und im Sudetengau. Im Lande Österreich und auch im Sudetengau besteht ein allgemeines Enteignungsrecht. Die Enteignung ist dort in zahlreichen Enteignungsgesetzen geregelt, von denen das Eisenbahnteilnahmeengesetz vom 18. 2. 1878 (RGBl. Nr. 30) das Enteignungsrecht in materieller und formeller Hinsicht vollständig regelt.

Die Ausführung des Unternehmens muß die Ausübung des Enteignungsrechts erfordern. Die Prüfung dieser Voraussetzung wird sich bei Unternehmen, denen das Enteignungsrecht in allgemeiner Form verliehen zu werden pflegt, verhältnismäßig einfach gestalten. Das ist insbesondere bei solchen Unternehmen der Fall, bei denen infolge ihrer räumlichen Ausdehnung die genaue Bezeichnung der erforderlichen Grundstücke auf Schwierigkeiten stößt; so z. B. bei den Stadtstromüberlandleitungen, Gasfernleitungen, Untergrundbahnen, Kleinbahnen usw. Hier wird in der Regel ohne weiteres erkennbar sein, daß das Unternehmen nur durch Eingriff in das Privateigentum ausgeführt werden kann. Verhandlungen wegen des freihändigen Erwerbs der für die Durchführung des Unternehmens erforderlichen Grundstücke werden bei der Unbestimmtheit der Linien- bzw. Leitungsführung in der Regel nicht möglich sein. Diese Kaufverhandlungen können auch, ohne daß dadurch eine erhebliche Benachteiligung der betreffenden Grundeigentümer eintritt, entbehrt werden; denn es handelt sich bei der Inanspruchnahme der Grundstücke z. B. für den Bau der Stadtstrom- und Gasfernleitungen meist nur um Beschränkungen des Eigentums. Den betreffenden Unternehmen kann es daher vor Einleitung des vorgeschriebenen Planfeststellungsverfahrens die erforderlichen Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern zu führen.

In allen denjenigen Fällen aber, in denen die Enteignung für bestimmte Grundstücke vorgesehen ist und diese Grundstücke bezeichnet werden können, bedarf es im Hinblick auf die Rechtsfolgen der Verleihung des Enteignungsrechts einer eingehenden Prüfung, ob die bezeichneten Grundstücke zur Ausführung des Unternehmens erforderlich sind und im Wege freier Vereinbarung nicht erworben werden können.

Den beteiligten Grundeigentümern muß Gelegenheit gegeben werden, etwaige Einwendungen nicht nur gegen das Unternehmen als solches, sondern auch gegen die Inanspruchnahme ihrer Grundstücke geltend zu machen. Wenn es zur Klärung der Verhältnisse geboten erscheint, empfiehlt es sich, die Einwendungen in einem möglichenfalls an Ort und Stelle abzuhaltenden Termin zu erörtern.

Der freihändige Erwerb der Grundstücke kann nicht schon dann als ausgeschlossen gelten, wenn die Grundeigentümer die ihnen gebotene Geldentschädigung ablehnen. Der Unternehmer muß vielmehr auch nachweisen, daß die angebotene Entschädigung angemessen ist und etwaige weitergehende Forderungen der Grundeigentümer das Unternehmen in unbilliger Weise belasten. Ferner hat der Unternehmer darzulegen, daß er nicht imstande ist, die von dem zu Enteignenden vielfach geäußerten Wünsche nach Ersatzland zu befriedigen. Um beurteilen zu können, inwieweit die Forderung der Eigentümer und das Angebot des Unternehmers im einzelnen Falle der Billigkeit entspricht und sich im Rahmen der Preisstopbestimmungen hält, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens und der betroffenen Grundeigentümer durch die Enteignungsbehörde zu prüfen.

Nachstehend sind die Punkte zusammengefaßt, auf die sich die Prüfung durch die Enteignungsbehörde oder sonst zuständige Behörde bei Anträgen auf Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung oder auf Verleihung des Enteignungsrechts zu erstrecken hat:

1. Bezeichnung des Unternehmers (Träger des Unternehmens),
2. Bezeichnung des Unternehmens (genaue Beschreibung der Anlagen unter Beifügung einer einfachen Skizzezeichnung in Altkonformat; bei Kleinbahnen oder Stadtstromüberlandleitungen usw. empfiehlt es sich, Generalpläne beizufügen, in denen die Linien- bzw. Leitungsführung eingetragen ist),
3. Finanzierung des Unternehmens und deren Sicherstellung,
4. bei genehmigungspflichtigen Anlagen ist festzustellen, daß die Genehmigung erteilt ist,
5. Bezeichnung des in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums
 - a) bei Anträgen auf Enteignung einzelner Grundstücke grundbuch- und katastermäßige Bezeichnung der Parzellen usw.,
 - b) bei generellen Enteignungsanträgen Angabe der Gemarkungen bzw. Kreise,
6. Angabe der für das Zustandekommen des Unternehmens sprechenden Gründe des öffentlichen Wohles,
7. Nachweis der Notwendigkeit der Enteignung
 - a) Angabe, ob der Verkauf der Grundstücke von dem Eigentümer überhaupt abgelehnt wird,
 - b) Angabe der Forderungen des Eigentümers,
 1. Höhe der Geldforderung,
 2. Angabe sonstiger Forderungen, insbesondere auf Ersatzland,



Schiffs-Ob.-Maschinen Arthur Bartels, Wilhelmshaven
Leutnant Alfred Barz, Reg.-Oberinsp. in Karlsruhe
Oberleutnant Georg Beyer, Unio.-Offiziant in Erlangen
Unteroffizier Albert Breitsfeld, Reg.-Inspektor in Eßlingen
Dr. Werner Brückner, Marinestudienrat in Gotha
Oberleutnant Georg Burdcher, Untermeister in Hamburg
Oberzahlmeister Werner Dargatz, Leipzig
Stabszahlmeister Emil Decker, Hanau a. M.
Hans Dörfel, Amtgehilfe in Berlin
Unteroffizier Kurt Dombrowski, Reg.-Sekretär in Königsberg
Leutnant Heinz Ebeler, Reg.-Insp.-Anw. in Arnoberg
Oberstabszahlmeister Walter Ebert, Teplitz-Schönau
Karl Egidli, Straßenwärter in Triebitz
Leutnant Herbert Ehlert, Vermessungsrat in Sigmaringen
Leutnant Paul Falter, apl. Reg.-Insp. in Jugenheim
Günter Frank, Reg.-Inspektor in Labes
Wilhelm Gömann, Wasserstr.-Obersekretär in Rannheim
Stabszahlmeister Robert Günther, Breslau
Hauptmann Max Hecht, Verm.-Inspektor in Rostock
Unteroffizier Fritz Hoffmann, Reg.-Insp.-Anw. in Soldin
Hans Hofmann, Heeresoberverwalter in Spremberg
Feldwebel Georg Hoppe, Reg.-Oberinspektor in Loben
Jakob Jäger, techn. Inspektor in Erding
Erich Jühr, Heeresoberverwalter in Oppeln-Stefanohöh
Werner Karsten, Amtgehilfe in Danzig
1. Seemaschinen Wilhelm Kloppe, Wilhelmshaven
Leutnant Max Kniep, Verm.-Inspektor in Heide
Leutnant Peter Koch, Verm.-Inspektor in Bamberg
Willy Koohe, Reg.-Amtmann in Dresden
Johannes Kosmann, Reg.-Inspektor in Hilden
Leutnant Adolf Kraft, Verm.-Inspektor in Deutschewern
Stabszahlmeister Otto Kranz, Stuttgart
Stabsfeldwebel Johann Kraus, Schlossaufseher in Potsdam
Oberjäger Sebastian Kuen, Reg.-Inspektor in Villach
Robert Lohle, Sekretär in Wien
Oberzahlmeister Hinrich Lotz, Bruchsal
Schüsse Friedrich Mende, Verm.-Sekretär in Karlsruhe
Gustav Mohnitz, Verm.-Sekretär in Löben
Unteroffizier Friedrich Moritz, Werkführer in Emmendingen
Frits Netterdon, Brückenaufseher in Nierstein
Oberzahlmeister Willy Piffcke, Reg.-Insp. in Potsdam
Stabszahlmeister Paul Pich, Braunschweig (Ostpr.)
Gefreiter August Richter, Verm.-Ass. in Osterholz-Scharmbeck
Josef Rumpelzig, Betriebsgehilfe in Klagenfurt
Oberzahlmeister Fridolin Schabath, Rodalben
Unteroffizier Karl Schaefer, Verm.-Insp.-Anw. in Wittlich
Karl Schmelter, Verm.-Techniker in Eppingen
Erich Simon, Reg.-Sekretär in Habelschwerdt

Berichtigung

Georg Seidel, Regierungsbauassessor in Berlin-Friedrichsfelde (nicht Reg.-Bauassistent wie in Nr. 15/16 angegeben).
Unteroffizier Rudolf Seifert, Berginspektor in Freiberg (nicht Freiberg wie in Nr. 13/14 angegeben).

- c) Stellungnahme zu der Angemessenheit der geltend gemachten Forderungen.

Ueber die Frage, ob das Grundeigentum oder die Rechte an Grundstücken im Enteignungswege in Anspruch genommen werden können, entscheiden die Verwaltungsbehörden. Eine Ausnahme allein besteht im Lande Bayern. Dort ist die letztinstanzliche Entscheidung dem Verwaltungsgericht übertragen.

Nach den erlassenen Reichsenteignungsgesetzen für Sondergebiete, wie Deutsche Reichsbahn, Reichsautobahnen, Energiewirtschaft, Reichswasserstraßen, Städtebau und Wehrmacht, steht den hierfür in Frage kommenden öffentlichen Stellen das Enteignungsrecht zu. In diesen Reichsenteignungsgesetzen sind die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Enteignung bereits geregelt. Es bedarf daher lediglich nur noch der Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung selbst, also keiner besonderen Verleihung mehr, wie dies in den Landesenteignungsgesetzen vorgesehen ist. Die Zulässigkeit der Enteignung wird von denjenigen Stellen geprüft, die hierfür nach den bestehenden Reichsgesetzen in Frage kommen; z. B. bei Enteignungen auf Grund des Reichsbahngesetzes, des Gesetzes über das Unterneh-

Deutscher Beamten-Kalender 1943

Der Deutsche Beamten-Kalender 1943 (Fachschaft Verwaltungsbeamte) soll zur Satzresende erscheinen. Außer dem allgemeinen Teil bringt der Kalender wieder einen fachlichen Teil. Auch der Deutsche Beamten-Kalender 1943 wird den Beamten besonders jetzt im Kriege ein zuverlässiger Ratgeber und Helfer sein.

Der nachstehende Bestellzettel kann auch für Sammelbestellungen benutzt werden. Es empfiehlt sich, Abschrift von den einzelnen Bestellungen zurückzubehalten.

Verlag Beamtenpresse GmbH, Berlin SW 68.
Bezug auch durch jede Buchhandlung

Bestellung (bitte ausschneiden und einsenden):

Bestellt werden Stück(e), Preis je Stück RM. 1,—

Deutscher Beamten-Kalender 1943, Fachschaft Verwaltungsbeamte

Name und Amtsbezeichnung:

Wohnort und Anschrift:

Genaue Anschrift dringend erforderlich. Bei Bestellungen von Soldaten Feldmatschaft erwünscht.

men „Reichsautobahnen“ und Luftverkehrsgesetzes ist der Führer und Reichsminister allein zuständig. Bei Enteignungen auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft erklärt die Zulässigkeit der Enteignung der Generalinspektor für Wasser und Energie. Nach dem Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte gilt für die Zulässigkeit der Enteignung die Veröffentlichung des von der beauftragten Stelle angeordneten Bereichs (vgl. § 1 dieses Gesetzes). In der Reichshauptstadt ist die beauftragte Stelle der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt. In der Hauptstadt der Bewegung (München) ist der für diese Stadt bestellte Generalbaudirektor die beauftragte Stelle. In dieser Beziehung wird weiter verwiesen auf Duede-Buchmann Reichsenteignungsrecht, 2. Aufl. 1939, S. 243/244. Bei den Enteignungen auf Grund des Gesetzes über die Landbeschaffung für die Wehrmacht stellt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht die Zulässigkeit fest.

Wesentlich einfacher ist die Zulassung der Enteignung in den übrigen Reichsenteignungsgesetzen geregelt. Sie bestimmt sich bei den landwirtschaftlichen Enteignungsgesetzen (Reichsfluchtungsrecht, Landabgabeordnung) nach dem Landesrecht; danach ist in Preußen die Landesverwaltungsbehörde (Oberpräsident) zuständig. Nach den Enteignungsgesetzen für Zwecke des Wohnungswesens ist eine besondere Zulässigkeitsklärung überhaupt nicht erforderlich. In den Enteignungsgesetzen für die wasserwirtschaftlichen Sonderbauvorhaben ist die Zulässigkeit der Enteignung unmittelbar durch Gesetz ausgesprochen. Dies gilt auch bei Enteignungen auf Grund des Preuß. Straßen- und Bauaufsichtengesetzes vom 2. 7. 1875 (GS. S. 561).

Voraussetzung für die Vollziehung der Enteignung

Die Voraussetzung für die Vollziehung der Enteignung ist der Nachweis über die rechtsgültige Zahlung und Hinterlegung der im besonderen Entschädigungsfeststellungsverfahren (Verwaltungsverfahren) rechtskräftig festgestellten Entschädigung; es sei denn, daß das Enteignungsverfahren in einem sogenannten vereinfachten Enteignungsverfahren durchgeführt wird, z. B. nach den Bestimmungen des Preuß. Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. 7. 1922 (GS. S. 211). In solchen Fällen genügt die Feststellung der Enteignungsentchädigung durch die Enteignungsbehörde.

Die Feststellung und Zahlung bzw. Hinterlegung der Entschädigung wird also lediglich die Voraussetzung für den Auspruch der Enteignung (Vollziehung der Enteignung). Keineswegs ist die Feststellung und Zahlung der Entschädigung, die als Ersatz des Grundstückswertes gilt, eine Voraussetzung für die Zulässigkeit der Enteignung oder Verleihung des Enteignungsrechts.

2. Gegenstand und Umfang der Enteignung

Gegenstand der klassischen Enteignung sind nach den Reichs- und Landesenteignungsgesetzen unbewegliche Sachen, und zwar nur das Grundeigentum und die Rechte an Grundstücken. Die Enteignung nach den sogenannten klassischen Enteignungsgesetzen erstreckt sich nicht auf bewegliche Sachen. Alles Grundeigentum ohne Unterschied (auch Erbhöfe) ist im gegebenen Falle der Enteignung unterworfen, welche besonderen dinglichen Rechte (auch Hypotheken) oder Privilegien dabei immer in Frage kommen mögen.

Aber auch Miete und Pacht, die als persönliche Rechte auf Grundstücken bestehen, können keinen stärkeren Schutz als dingliche Rechte genießen. Sie unterliegen deshalb ebenfalls der Enteignung. Nach preußischem Recht wurde die Aufhebung von Mietverträgen,

auch die unter reichsgesetzlichem Mieterschutz stehenden Mieterrechte, erstmalig im Jahre 1927 zugelassen, nachdem es unmöglich war, bestehende Mietverträge auf gültigem Wege zu lösen. Der Reichswirtschaftsminister als zuständige Ministerialinstanz und das Preussische Staatsministerium als höchste Verleihungsinstanz in Preußen billigten den von der Berliner Enteignungsbehörde eingenommenen Standpunkt, daß die auf Grundstücken bestehenden persönlichen Rechte nach dem Sinne des Preuß. Enteignungsgesetzes (§ 6) nicht stärker sein können als dingliche Rechte, insbesondere als das Grundeigentum selbst. In sinnemäßiger Anwendung der Bestimmungen des Preuß. Enteignungsgesetzes wurde auch die Enteignung zum Zwecke der Entziehung (Aufhebung) von Mietrechten zugelassen. Im Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte (§ 2) ist nun auch neben der Entziehung von dinglichen Rechten ausdrücklich die Entziehung solcher anderen Rechte zugelassen, die zum Besitz oder zur Nutzung von Grundstücken berechtigten oder die Nutzung von Grundstücken beschränkten. Danach ist also nach dem Neugestaltungsgesetz die selbständige Enteignung (Aufhebung) von Miet- und Pachtrechten zulässig.

Nach den enteignungsrechtlichen Bestimmungen ist im gegebenen Falle alles Grundeigentum ohne Unterschied der Enteignung unterworfen. Danach ist an sich auch das Grundeigentum des Reiches, der Länder und der Gemeinden von der Enteignung nicht ausgenommen. Praktisch jedoch ist eine Enteignung von Grundeigentum und Rechten des Staates bisher nicht vorgekommen. Dagegen wurde schon bei der Berliner Enteignungsbehörde (Der Polizeipräsident in Berlin) Grundeigentum der Stadtgemeinde im Enteignungsverfahren entzogen. Es liegen bei der Berliner Enteignungsbehörde auch Fälle vor, in denen einem anderen Unternehmer als dem Staat das Enteignungsrecht zur Durchführung eines Unternehmens, das auch die Inanspruchnahme von Grundstücken des Staates bedingte, verliehen wurde. Jedoch ist in den betreffenden Verleihungsurkunden von Seiten des Preussischen Staatsministeriums die Beschränkung vorgesehen, daß das verliehene Enteignungsrecht auf Grundstücke des Staates und Rechte des Staates an Grundstücken nicht anwendbar ist. In solchen Fällen, die z. B. beim Bau von Untergrundbahnen, Starkstromleitungen usw. vorkommen, ist bei der Berliner Enteignungsbehörde stets eine Einigung herbeigeführt worden.

Die Frage der Enteignung von Friedhöfen dürfte geklärt sein. Das Eigentum am Friedhofsgelände unterliegt ebenso der Enteignung wie jedes andere Grundeigentum (vgl. auch Dr. Scholz, Handbuch des gesamten öffentlichen Grundstücksrechts, 2. Aufl. S. 529); jedoch würde eine etwaige Enteignung des Eigentums am Friedhofsgelände eine Verwendung des Grundstücks zu anderen Zwecken als Friedhof nicht herbeiführen. Die öffentlich-rechtliche Zweckbestimmung des Grundstücks als Friedhof wird durch die Enteignung nicht berührt.

Die Bestattung der Toten auf dem Friedhofsgelände erfolgt unter bestimmten Bedingungen, die der Staat im öffentlichen Interesse vorschreibt; denn dem Staat obliegt die Fürsorge für die Beseitigung aller Leichen. Der Friedhof ist für den öffentlichen Gebrauch bestimmt und rechnet damit zu den öffentlichen Sachen (vgl. Hölstein, Enteignungsrecht am Friedhöfen im Verwaltungsarchiv 1930 S. 107/110 Band 35). Durch diese öffentlich-rechtliche Zweckbestimmung ist jedoch für den Friedhofsinhaber weder ein persönliches noch ein dingliches Recht an dem betreffenden Grundstück im Sinne des klassischen Enteignungsbegriffes entstanden. Die Möglichkeit der Enteignung einer öffentlichen Sache entfällt aber, da die Wirkung der Enteignung nur eine solche ist, die sich ausschließlich auf private Rechte an Grundstücken beschränkt (vgl. auch Duede-Buchmann, Reichsenteignungsrecht, 2. Aufl. 1939, S. 58 u. 370). Eine Enteignung der öffentlich-rechtlichen Zweckbestimmung ist daher auf Grund der klassischen Reichs- und Landesenteignungsgesetze nicht möglich. Die Aufhebung dieser Zweckbestimmung kann somit auch nur durch eine besondere gesetzliche Regelung erfolgen.

Daß der hier vertretene Standpunkt zutreffend sein dürfte, ergibt sich aus der Tatsache, daß für die Reichshauptstadt eine besondere Verordnung zum Zwecke der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckbestimmung eines Grundstücks als Friedhof erlassen werden mußte, um das betreffende Grundstück für andere Zwecke, nämlich für städtebauliche Maßnahmen, zu verwenden (vgl. 3. Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 23. 4. 1938, RGBl. I S. 410). Wenn nun die öffentlich-rechtliche Zweckbestimmung des Friedhofs auf Grund einer besonderen Verordnung aufgehoben worden ist, so kann in einem späteren Enteignungsverfahren, das lediglich wegen der Entziehung des Eigentums an dem betreffenden Grundstück durchgeführt wird, eine Entschädigung als Ersatz für die finanziellen Vorteile, die dem Eigentümer und Friedhofsinhaber des zu enteignenden Grundstücks aus der öffentlich-rechtlichen Zweckbestimmung zugeflossen sind, nicht festgestellt werden. Im Enteignungsverfahren kann nur für den Gegenstand eine Entschädigung als Ersatz anerkannt werden, der dem Betroffenen im Enteignungsverfahren erst entzogen wird. Die durch besondere Verordnung aufgehobene öffentlich-rechtliche Zweckbestimmung als Friedhof ist daher bei der Entschädigungsfeststellung im Enteignungsverfahren außer acht lassen. (Fortf. folgt)

Nr. 17/18 — 11. Jahrgang
Berlin
13. September 1942

U. V. L. Z.
Nationalsozialistische Beamten-Zeitung

Ausgabe
A

Abende der Woche

Der Deutsche Verwaltungsbeamte

HERAUSGEBER: HAUPTAMT FÜR BEAMTE

Fachschaft 7 Reichs- und Länderverwaltungsbeamte
VERLAG BEAMTENPRESSE GMBH.

DER REICHSLEITUNG DER NSDAP.

und Kameradschaft der Wehrmachtbeamten im NSD.
BERLIN SW 40, FRIEDRICHSTR. 41-42

Aus dem Inhalt: Krupinski: Organisation des bolschewistischen Machtapparates S. 153; Wobbe: Grundzüge des Gewerkerrechts S. 155; Wolter: Die Enteignung von Grundeigentum und von Rechten an Grundstücken S. 156; Nabe: Die Lohnberechnung nach Tarifordn. S. 161; Uebungsbeispiele S. 164; Aus dem Reichsbund S. 167 — Ausgabe B: Erfolge in der Kohlenchemie; Technische Zeitschriftenschau

Organisation des bolschewistischen Machtapparates

Von Dr. Krupinski, Berlin

Als die Bolschewisten im November 1917 durch einen Aufstand zur Macht kamen, hatten sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung hinter sich, die überwiegende Mehrheit stand ihrer Herrschaft ablehnend gegenüber. Die Frage, wie die eben erworbene Macht gesichert werden sollte, war daher von großer Bedeutung. Die Einstellung der Bolschewisten zum Staat war eine unbedingt ablehnende. Ihr Ziel war die Aufrichtung einer „Klassenlosen Gesellschaft“ durch „die Diktatur des Proletariats“ auf der ganzen Welt, wodurch sämtliche Staaten, die nach der kommunistischen Lehre immer das Ergebnis von Klassengegenständen seien, „absterben“ sollten. Aus dieser absoluten Feindschaft gegenüber allen bestehenden Staaten und Gesellschaftsordnungen folgerten die bolschewistischen Führer, daß der Sieg der bolschewistischen Revolution unmöglich auf ein Land beschränkt werden könnte, da sie annahmen, daß alle übrigen bestehenden Staaten sich zur Beseitigung dieser Gefahr für ihre eigene Existenz zusammenschließen würden.

Anfangs Staatsverwaltung abgelehnt

In der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft zielten daher die Regierungsmaßnahmen weniger auf die Errichtung und Organisation eines kommunistischen „Staates“ ab, sondern sie waren mehr dazu bestimmt, den Kommunisten in den restlichen Teilen des ehemaligen zaristischen Staates und in den anderen Staaten zur Macht zu verhelfen. So erließ Lenin am 3./16. November 1917 die „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“, in der jedem Volk unter der Sowjetregierung die Selbstbestimmung und die Bildung selbständiger Staaten zugesichert wurde, während die im Januar 1917 vom III. allrussischen Rätekongreß bestätigte und im Juli 1918 vom V. allrussischen Rätekongreß angenommene sogenannte „Verfassung“ der russischen Sowjetrepublik, die „auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als eine Föderation nationaler Sowjetregierungen“ errichtet wurde, eigentlich mehr ein kommunistisches Kampfdokument mit starken propagandistischen Tendenzen ist als ein staatlicher Verfassungsakt. Lenin selbst sagte, daß „in ihr der Versuch des Kampfes und der Organisation der proletarischen Massen gegen die Ausbeuter im Innern des Landes als auch in der ganzen Welt niedergeschrieben sei“. In den Gebieten, die im Verlauf des Bürgerkrieges unter bolschewistische Herrschaft gerieten — Ukraine, Sibirien, Kaukasus — wurden eine große Zahl von Gebieten und Republiken mit ähnlichem oder gleichem Aufbau errichtet.

Gleichzeitig aber wurde mit dem Aufbau der kommunistischen Partei begonnen, die als Trägerin der kommunistischen Ideen für viel wichtiger gehalten wurde als die Organisation des Staates. Die Aufgabe der Partei wurde auf dem VIII. Parteitag 1919 dahingehend festgelegt, daß die kommunistische Partei Rußlands — wie sie damals noch hieß — die Verwirklichung der kommunistischen Ziele durchzuführen bzw. zu überwachen habe, und zwar sowohl dort, wo der Bolschewismus bereits die Macht erobert hätte, als auch in den anderen Gebieten. Das Instrument für die Eroberung der Macht in den anderen Ländern — also für die Durchführung

der Weltrevolution — aber sollte die kommunistische Internationale, die sog. III. Internationale sein, die 1919 auf dem I. Weltkongreß der kommunistischen Parteien gegründet wurde. Sie stellte die „Vereinigung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei“ dar. Durch sie erhielten die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern ihre Weisungen, mit ihrer Hilfe hofften die bolschewistischen Machthaber, in den Jahren 1918–20 die Weltrevolution durchführen zu können.

Schaffung eines sowjetischen Staates

Als es sich jedoch zeigte, daß sich einerseits diese Hoffnung nicht erfüllte, andererseits die „kapitalistischen Staaten“ nicht ernstlich daran dachten, „diese Basis der Weltrevolution“, wie die Sowjetunion bezeichnet wurde, zu zerbrechen, machte man sich allmählich mit dem Gedanken an ein „zeitweiliges Nebeneinanderleben der beiden Systeme“, wie Stalin sagte, vertraut. Dazu mußte nun doch dieses unter kommunistischer Herrschaft stehende Territorium als Staat oder, wie Lenin sagte, als „Halbstaat“ organisiert werden. Diese Organisation mußte ein Kompromiß sein zwischen der kommunistischen Lehre, die den Staat an sich verneinte, und dem in der übrigen Welt geltenden Staatsrecht, da man nur dann hoffen konnte, von den übrigen Staaten anerkannt zu werden. Nach außen durfte von den Zielen des Bolschewismus so wenig wie möglich gezeigt werden, man mußte versuchen, den bolschewistischen Staat als völlig unabhängig von der kommunistischen Partei hinzustellen. Ferner mußte der provinzielle Partikularismus beseitigt werden, der sich auf Grund der verkündeten „Rechte der Völker“ entwickelt, und der ohne Mitwirkung der Zentrale zur Bildung von einzelnen ethnographischen und wirtschaftlichen Verwaltungseinheiten geführt hatte. Dies geschah durch die 1. allunionistische Verfassung von 1923, durch die die bis dahin bestehenden Republiken: die russische föderative sozialistische Sowjetrepublik, die ukrainische soz. Sow.Rep., die weißruthenische soz. Sow.Rep., die kaukasische soz. Sow.Rep., die turkmenische soz. Sow.Rep. und die usbekische soz. Sow.Rep. sich durch Vertrag zu einem sog. „Bundesstaat“ der Sowjetunion zusammenschlossen. Falls die kommunistische Partei in anderen Ländern die Macht erringen sollte, stand diesen neuzubildenden Sowjetrepubliken der Eintritt in die Sowjetunion offen, wie andererseits theoretisch jeder dieser „vertragschließenden“ Sowjetrepubliken verfassungsmäßig das Recht zum Austritt offenstand. Praktisch setzte sofort ein Zentralismus ein, der sich um so mehr verstärkte, je deutlicher es wurde, daß ohne bewaffnetes Einschreiten der Sowjetunion Erfolge der Weltrevolution nicht zu erwarten sein würden.

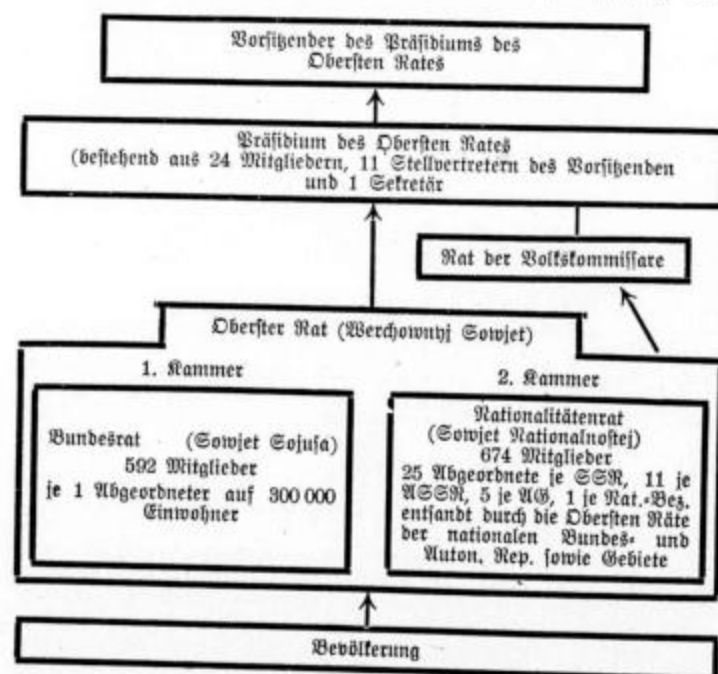
Die bolschewistische Verwaltungsorganisation

Das zeigte sich zunächst bei der Verwaltungsorganisation. Das bis dahin bestehende zaristische politische Verwaltungssystem bestand aus 75 ziemlich gleichen, ganz einheitlichen sog. Gouvernements, die sich in Kreise (uezd) und Amtsbezirke (wolost) gliederten. Bei

der Neuorganisation ging die bolschewistische Staatsführung von der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit aus. Es wurden zunächst größere Einheiten, sog. Gaue und Gebiete geschaffen, die wieder in Rayons und teilweise in Kreise unterteilt waren. Neben das wirtschaftliche Moment trat das nationale. Für die einzelnen Völker wurden neben den nationalen Bundesrepubliken innerhalb derselben autonome Republiken, Gebiete und Kreise gebildet. Während am 1. 1. 1923 75 Gouvernements, 766 Kreise und 13 659 Rayons bestanden hatten, gab es am 1. 1. 1930 nur 13 Gebiete, 226 Kreise und 3012 Rayons. Die Durchführung der Fünfjahrespläne, deren Ziel es war, die gewaltsame Durchführung der Weltrevolution mit Hilfe der Roten Armee zu ermöglichen, brachte ein neues Moment in die Verwaltungseinteilung: die wehrpolitischen Forderungen, die zu einer strafferen Zentralisierung durch die Abschaffung der Zwischeninstanz der Kreise und zu einer größeren Konzentrierung durch Verkleinerung der einzelnen Gebiete führte. Diese Entwicklung hatte bis zum 22. Juli 1942 angehalten und im Endergebnis eine Verwaltungseinteilung zur Folge gehabt, die sich in Größe und Art der Einheiten wieder sehr stark der zaristischen genähert hatte. 1940 bestanden im Verbands der Bundesrepubliken 21 autonome Republiken und 6 Gaue (innerhalb dieser Einheiten gab es 21 Bezirke) sowie 103 Gebiete. Diese großen Einheiten gliederten sich wieder in 3918 Rayons.

Die sogenannte Verfassung

Auch die Verfassung wurde noch einmal geändert, da inzwischen der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis bei der 23er Verfassung allmählich bekannt geworden war. 1936 wurde eine neue Verfassung eingeführt, die ganz auf propagandistische Wirkung im Ausland abgestellt war. Sie sollte einerseits außenpolitisch die Regierung entlasten und die Welt noch besser über die wahren Zustände in der Sowjetunion und deren Ziele täuschen, andererseits den Kommunisten ein Propagandamittel an die Hand geben. Stalin bezichnete sie „als die demokratischste Verfassung der Welt“, und das Moskauer Parteizentrum (eine Zusammenfassung der aktivsten Parteimitglieder) schrieb in seiner Dankadresse zur neuen Verfassung an Stalin: „Im Kampf um die Einheitsfront erhalten die Kommunisten aller Länder in der neuen Sowjetverfassung eine



Waffe von ausnehmender Wirksamkeit.“ Das höchste Organ der Staatsgewalt ist nach der neuen Verfassung der „Oberste Rat“, der aus zwei Kammern besteht, dem Unionrat und dem Nationalitätenrat (vgl. obenstehende Skizze). Die Abgeordneten zum Unionrat werden von der Bevölkerung der gesamten Union in direkter allgemeiner Wahl gewählt, und zwar entfällt auf 300 000 Wähler ein Abgeordneter. Die Kandidaten werden nur von der Partei oder den ihr angeschlossenen Organisationen aufgestellt; jeder Wähler, der wahlberechtigt ist, wird auch zur Wahl gezwungen. So ist die Gewähr dafür gegeben, daß nur einwandfreie Kommunisten ge-

Wenn in diesem gewaltigsten Ringen aller Zeiten der deutsche Soldat unter kaum vorstellbaren Entbehrungen im Kampfe seine schweren Opfer bringt, dann ist die Heimat gerade in diesem Jahre noch mehr verpflichtet, auch das Höchste an ihren Opfern zu geben. Selbst dann wird sie nur einen Bruchteil von dem leisten, was unsere Wehrmacht zu Lande, zur See und in der Luft vollbringt.

(Aus dem Aufruf des Führers zum Kriegswinterhilfswerk)

wählt werden. In den Nationalitätenrat werden die Abgeordneten von den Obersten Räten der Bundesrepubliken und Autonomen Republiken sowie Gebieten entsendet. Der Oberste Rat wählt das Präsidium, in dessen Händen die Exekutive liegt (Einberufung des Obersten Rates, Herausgabe von Dekreten und Durchführungsbefehlen, Aufhebung von Verordnungen des Rates der Volkskommissare, Ernennungen in der Wehrmacht, Kriegserklärung, Ratifikation von Verträgen, Ernennung der diplomatischen Vertreter). Der Oberste Rat bildet ferner die eigentliche Regierung, den „Rat der Volkskommissare“. Die Volkskommissariate teilen sich in allunionistische Kommissariate, die für das gesamte Gebiet der Union zuständig sind (Landesverteidigung, Auswärtiges, Außenhandel, Verkehrswesen, Post- und Telegraphenwesen, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Erdölindustrie, Kohlenbergbau, Kraftwerk- und Elektroindustrie, Hüttenindustrie, Buntmetallindustrie, chemische Industrie, Flugzeugindustrie, Schiffbauindustrie, Munitionsindustrie, Rüstungswesen, Schermaschinenindustrie, Metallmaschinenindustrie, allgemeiner Maschinenbau, Kriegsmarine, Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte, Bauwesen. Das heißt also, alle Ressorts, die für die Kriegführung von Bedeutung sind, werden einheitlich für das ganze Staatsgebiet von Moskau aus geleitet), Unionrepublikenkommissariate, die in jeder Bundesrepublik außerdem gesondert bestehen (innere Angelegenheiten: GBL, Justiz, Lebensmittellieferung, Leichtindustrie, Textilindustrie, Holzindustrie, Finanzen, Binnenhandel, Gesundheitswesen u. a.). Ähnlich sind auch die einzelnen Regierungen in den Bundesrepubliken, autonomen Republiken und Gebieten organisiert.

Die Bedeutung dieser Verfassung bestand für die Bolschewisten darin, daß der Staatsapparat nach außen hin völlig unabhängig von der kommunistischen Partei organisiert erschien. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Rates war Kalinin. Er hätte eigentlich die höchste Macht in seinen Händen haben müssen. Tatsächlich aber war die Partei mit Stalin als Führer der ausschlaggebende Faktor, wie die Schlussansprache Molotows auf der Eröffnungstagung des Obersten Rates im Januar 1938 beweist: „In allen wichtigen Fragen werden wir, der Rat der Volkskommissare, um uns Rat und Anweisung an das ZK (Zentralkomitee) der WKP (B) (= Wseschjosnaja kommunistitscheskaja partija [bolschewikow] = Kommunistische Partei der Sowjetunion [Bolschewisten]) und in erster Linie an den Genossen Stalin wenden. Sie wissen, daß das sowohl dem Wesen wie auch der Form nach unserer großen Verfassung entspricht.“

Die Komintern

Während so der Staatsapparat der Sowjetunion das ausführende Organ der bolschewistischen Partei im dem Bereich der UdSSR ist, ist die Komintern das Instrument, mit dessen Hilfe die kommunistische Lehre im Ausland verbreitet und vorwärtsgetrieben wird. Nach der Schaffung der Komintern ist diese, wie schon erwähnt, die kommunistische Weltpartei, deren höchstes Organ der Weltkongress ist, der das Exekutivkomitee der Komintern wählt. Dieses leitet die einzelnen Sektionen, deren Tätigkeit „auf die Aufrechterhaltung der Welttätigkeit des Proletariats“ gerichtet ist. Die kommunistische Partei der Sowjetunion ist eine Sektion der Komintern. Stalin, der Führer der WKP (B), ist ständiges Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern.

Die kommunistische Partei der Sowjetunion selbst, deren Mitgliederzahl zwischen zwei und vier Millionen schwankt, ist straff zentralistisch gegliedert. Der Parteikongress, der einmal in drei Jahren tagt, wählt das Zentralkomitee. Dieses ernannt für die politische Arbeit das Politbüro, von dem Stalin sagt, „daß es das höchste Organ nicht des Staates, sondern der Partei ist. Die Partei aber ist die leitende Macht im Staat.“ Neben dem Politbüro besteht noch das Sekretariat des Zentralkomitees, an dessen Spitze Stalin als Generalsekretär steht. Erst kurz vor Ausbruch des Krieges, als ein weiteres Versteckspielen keinen Zweck mehr zu haben schien und die bevorstehende Auseinandersetzung mit Deutschland eine möglichst rasche und reibungslose Abwicklung der Regierungsgeschäfte verlangte, übernahm Stalin zum erstenmal ein staatliches Amt, indem er an die Stelle von Molotow als Vorsitzender im Rate der Volkskommissare trat und damit die Führung des staatlichen Staatsapparates direkt übernahm, während er bis dahin den bolschewistischen Staatsapparat, sowohl den staatlichen als auch den parteiischen (Komintern), über den Umweg des ausschlaggebenden Einflusses der kommunistischen Partei der Sowjetunion geleitet hatte. (Ueber den personellen Bestand des kommunistischen Staatsapparates und Einzelheiten der Organisation in letzter Zeit vgl. „Georg Reitenbach, UdSSR: Staatsystem, Parteaufbau, Komintern“, Stollberg-Verlag, Berlin.)

Grundzüge des Gewerberechts

Reichsgewerbeordnung / Von Oberregierungsrat Wobbe, Berlin

(Fortsetzung)

Nachdem unter I. dieses Aufsatzes der Inhalt der RGO. kurz wiedergegeben worden ist und unter II. andere wichtige gewerberechtliche Gesetze inhaltlich skizziert worden sind, läßt sich das große Gebiet des Reichsgewerberechts in seinen Gesetzesquellen überschauen. Es bleibt nunmehr der Inhalt der RGO. im einzelnen nachzuholen und vorweg die für sie und grundsätzlich auch für das gesamte Gewerberecht maßgeblichen Rechtsbegriffe zu erläutern.

I. Gewerbebegriff

Wie schon erwähnt, gibt die RGO. keine Definition des Begriffs „Gewerbe“, nennt dagegen im § 6 eine Anzahl von Gewerbezweigen, auf die ihre Bestimmungen entweder keine Anwendung oder nur insoweit Anwendung finden sollen, als die RGO. ausdrückliche Bestimmungen darüber enthält. Wie sich aus den Motiven zu dem § 6 ergibt, hat man in der RGO. darauf verzichtet, den Begriff des Gewerbes abzugrenzen, weil die Vielgestaltigkeit der gewerblichen Entwicklung eine scharfe Begriffsbestimmung nicht zuläßt. Es ist demnach für die Entscheidung der Frage, ob auf eine gewisse Erwerbsart die Bestimmungen der RGO. anzuwenden sind, nicht allein der § 6 zu beachten, sondern auch der Gesamteinhalt der RGO. und die bisherige Praxis zu berücksichtigen (vgl. Landmann, Kommentar zur RGO., Band I, 1938, Einleitung S. 35 ff.). Diese Praxis versteht auf der Grundlage von Schrifttum und Rechtsprechung unter Gewerbe gemeinhin jede auf Gewinn gerichtete, gleichmäßig fortgesetzte, selbständige Tätigkeit, ausgenommen die Gewinnung roher Naturerzeugnisse (Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Tierzucht, Jagd und Fischerei, Bergbau), die höheren Berufsarten (wissenschaftliche, schriftstellerische und künstlerische Tätigkeit, Lehrberuf, Seelsorge, Heilkunde) und den Gesindebetrieb (hauswirtschaftliche Tätigkeit). Vor Erörterung der zuletzt genannten Ausnahmen, bei denen gleichzeitig auch die ausdrückliche im § 6 aufgezählten Erwerbszweige erwähnt werden sollen, müssen zunächst die Erfordernisse des Gewerbebegriffs selbst klar erkannt werden. Zwischen Gewerbe und Gewerbebetrieb unterscheidet die RGO. nicht, sondern verwendet beide Ausdrücke häufig und nach Belieben. Im Schrifttum (Landmann, a. a. O.) wird unter Gewerbe die lediglich technische Art der gewerblichen Tätigkeit, und diese dann, wenn sie gewerbsmäßig betrieben wird, als Gewerbebetrieb bezeichnet. Die drei herortragenden begrifflichen Merkmale für das Gewerbe bzw. den Gewerbebetrieb sind nach der obigen Definition: Erwerbsmäßigkeit, Regelmäßigkeit und Selbständigkeit. In erster Linie müssen also diese Voraussetzungen bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit vorliegen, wenn von einem Gewerbe, das der RGO. in vollem Umfange unterworfen ist, gesprochen werden kann, vorausgesetzt jedoch, daß die eben erwähnten einzelnen Ausnahmen auf die Tätigkeit nicht zutreffen.

Die Erwerbsmäßigkeit einer Tätigkeit

Ist dann gegeben, wenn sie auf Erwerb gerichtet oder, anders ausgedrückt, mit Gewinnabsicht betrieben wird. Zu scheiden hiervon ist der Begriff der Geschäftsmäßigkeit, bei der ein Handel gegen Entgelt nicht erforderlich ist, sondern bei der auf eine gewisse Angelegenheit nur Zeit und Mühe dauernd oder wiederholt verwendet wird. Ferner ist grundsätzlich zu beachten, daß der erzielte Vermögensvorteil nicht in einem Geldgewinn zu bestehen braucht. Darauf, daß der Unternehmer einer gewerblichen Tätigkeit eigene persönliche Zwecke fördern will, kommt es nicht an. Wie er über den Ertrag verfügt, ist seine Sache und kann an der Tatsache, daß ein Gewerbe betrieben wird, nichts ändern. Wenn die Erwerbsabsicht (Gewinnabsicht) gefordert wird, so genügt diese auch zur Bejahung des Gewerbebegriffs. Nicht dagegen ist die Tatsache der Gewinnerzielung entscheidend. So stellt der Verkauf einer Zeitungschrift zum Besten eines gemeinnützigen Unternehmens ein Gewerbe dar, das auch vorliegt, wenn jemand diese Tätigkeit in uneigennütziger Weise für Rechnung einer anderen Person ausübt, damit diese andere Person einen dauernden Gewinn erzielt. Mangels Erwerbsabsicht sind Staatsbetriebe, Unternehmungen von Gesellschaften, Vereinen, Stiftungen, Anstalten und auch von Privaten (Mineralanlagen, Staatsbruderei, Geschäftsfabriken, Heeresbäckereien) oder gemeinnützige und wohltätige (Ausstellungen, Wohnungsbauplätze, Spargassen, Kranenanlagen) oder erzieherische (Kunstvereine, zoologische, botanische Gärten) Zwecke verfolgen. Hieran ändert auch nichts die Tatsache der Gebührenerhebung für die Benutzung einer staatlichen oder gemeindlichen Einrichtung, sofern die Gebühren lediglich zur Deckung der Unkosten erhoben werden. Soll aber durch die Gebühren ein regelmäßiger Ueberschuß erzielt werden, so liegt selbst dann ein gewerbliches Unternehmen vor, wenn der erzielte Gewinn bestimmungsmäßig zu gemeinnützigen

Zwecken verwendet wird. Bei dem heutigen Stand der Entwicklung wird nicht die Gewinnerzielung, sondern der öffentliche Zweck in der Regel an den gemeindlichen Gas- und Elektrizitätswerken und den Verkehrsanstalten ebenso vorherrschend sein wie bei den Wasserversorgungsanlagen.

Eine wirtschaftliche Tätigkeit, die lediglich eine Kostenvermindering bezweckt, gilt nicht als Gewerbebetrieb. So fällt insbesondere die hauswirtschaftliche Tätigkeit nicht in den Bereich der RGO. Die Herstellung von Kleidungsstücken und anderen Gebrauchsgegenständen für den eigenen Familienbedarf ist ebenfalls ein Gewerbebetrieb, wie der Hausbesitzer, der Wohnungen vermietet, regelmäßig kein Gewerbe betreibt, sondern nur sein Vermögen verwaltet. Ebenso ist auch die Vermietung von Wohn- und Schlafstellen, die nicht berufsmäßig und aus Erwerbsgründen erfolgt, sondern um die Kosten der eigenen Wohnung zu verringern, kein Gewerbebetrieb. Werden in der Hauswirtschaft Gegenstände fortgesetzt für den Verkauf oder gegen Lohn hergestellt (Hausindustrie), so stellt diese Tätigkeit ein Gewerbe dar, wenn auch das Teilbetriebs dieser selbstgewonnenen oder selbstverfertigten Gegenstände beim Gewerbebetrieb im Umherziehen nur teilweise unterworfen ist. Aus Gründen der Kostenersparnis sind die Konsumvereine und die Kantinen in eigener Regie (Werks-, Truppenkantin) entstanden, die aus diesen Gründen regelmäßig keine Gewerbebetriebe sind. Dagegen betreibt der Wirtschaftspächter von Betriebsbetrieben, Kaffee- und Kantine ein Gewerbe, wenn auch hinsichtlich der Wehrmacht, Polizei- usw. Betriebe Sonderrecht in der Weise gilt, daß nach § 27 Gaststättengesetz Kantinen und Offiziersheime von der Geltung des Gesetzes freigestellt sind.

Fortgesetzte wirtschaftliche Tätigkeit muß vorliegen

Nur eine fortgesetzte wirtschaftliche Tätigkeit rechtfertigt die Annahme eines Gewerbebetriebes, nicht jedoch ist notwendig, daß ein dauernder Geschäftsbetrieb beabsichtigt ist. Auch eine Einzelhandlung kann als Beginn eines Gewerbebetriebes im Sinne der §§ 14, 55, 147 angesehen werden, wenn sie die Absicht erkennen läßt, die Handlung zur Erzielung von Vermögensvorteilen auch in Zukunft zu wiederholen, nicht dagegen, wenn sie eine sich darbietende einmalige Gelegenheit lediglich ausnützt. Daß diese Erwerbsabsicht dem Publikum gegenüber kundgegeben wird, ist nicht notwendig, sie kann auch aus den Begleitumständen hervorgehen. So ist z. B. von der Rechtsprechung der Ausschank von Wein im eigenen Hause bei einem Volksfest 2 Tage hintereinander als ein stehendes Gewerbe und der einmalige Warenauslauf außerhalb des Wohnortes bei mehreren Personen zum Zwecke des Wiederverkaufs als ein Gewerbebetrieb im Umherziehen, auch wenn kein dauernder Geschäftsbetrieb beabsichtigt ist, bezeichnet worden.

Erfordernis der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit

Schließlich muß eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit vorliegen, um ein Gewerbe im Sinne der RGO. zu sein. Da auch die Angelegenheit des stehenden Gewerbes gemäß § 14 von dem selbständigen Betrieb des Gewerbes abhängig gemacht worden ist, muß dieser Begriff klar abgegrenzt werden. Als selbständig gilt ein Gewerbebetrieb nur dann, wenn er für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit betrieben wird. Den selbständigen Gewerbebetriebern stehen einerseits die Stellvertreter (§ 45) und andererseits die gewerblichen Arbeiter, d. h. Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Fabrikarbeiter (§§ 105 ff.) gegenüber. Selbständiger Gewerbebetreiber ist derjenige, der weder als Stellvertreter, d. h. für Rechnung und im Namen einer anderen Person, noch als gewerblicher Arbeiter ein Gewerbe betreibt. Unter „Gewerbebetrieb auf eigene Rechnung“ versteht man den Gewerbebetrieb des Unternehmers, d. h. desjenigen, der das Betriebskapital beschafft, die Erzeugung leitet, die Arbeitsergebnisse veräußert und schließlich den aus der Erzeugung sich ergebenden Verlust trägt oder den Unternehmergewinn bezieht, während ein Betrieb „unter eigener Verantwortlichkeit“ dann vorliegt, wenn er im eigenen Namen, unter Übernahme der Verantwortlichkeit nach außen also, ausgeübt wird. Im wesentlichen bedt sich also der Begriff des selbständigen Gewerbebetriebers mit dem vollwirtschaftlichen Begriff des Unternehmers, dagegen nicht mit dem des Betriebsführers im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, da der Unternehmer nicht in jedem Falle Betriebsführer sein muß. So tritt z. B. im Falle der Entmündigung oder des Konkurses kein gesetzlicher Vertreter, im Falle der ehrenrührigen Abberufung, Führer des Betriebes zu sein, ein anderer an seine Stelle und ist der Betriebsführer.

Eigene Betriebsstätte

Ein wichtiges Kriterium der Selbständigkeit eines Gewerbebetriebes ist das Vorliegen der eigenen Betriebsstätte (Werkstatt, Fabrik, Laden, Kontor usw.), wofür folgender Grundsatz gilt: Wer

eine solche hat, in dieser oder von dieser aus sein Gewerbe betreibt und auf diese Weise in der Lage ist, über seine Zeiteinteilung und seinen Dienst frei zu verfügen, ist in der Regel als selbständiger Gewerbetreibender zu betrachten. Wer, ohne eine eigene Betriebsstätte zu besitzen, von einem anderen gegen Lohn und in dessen Gewerbebetrieb beschäftigt wird, ist in der Regel als gewerblicher Arbeiter anzusehen. Diese Regeln haben durch die Rechtsprechung jedoch wichtige Einschränkungen erfahren. Zunächst wird grundsätzlich für einen selbständigen Gewerbetreibenden nicht verlangt, daß der Unternehmer seinen Wohnsitz (Wohnort) oder seinen Geschäftssitz (gewerbliche Niederlassung) in dem Ort, in dem er sein Gewerbe betreiben will, begründet hat, oder daß besondere Betriebsräume neben der Wohnung, oder daß überhaupt Warenbestände vorhanden sind, sondern es genügt ein Lokal (Betriebsstätte) für den Gewerbebetrieb, das nicht im Eigentum des Unternehmers zu stehen braucht, sondern auch gemietet sein kann. Als selbständige Gewerbetreibende sind insbesondere auch die Handelsmakler und die Handlungsagenten anzusehen. Es gibt aber auch unselbständige Agenten, und häufig ist der selbständige Agent von dem unselbständigen Handlungsreisenden oder Plakatreisenden schwer zu unterscheiden. Das Maß der persönlichen Selbständigkeit und der Vertragsinhalt sind entscheidend. Stadtreisende, Versicherungsagenten, Filialleiter, die jederzeit verkehrt werden können, sind regelmäßig Handlungsgehilfen; Kantstellhalter, Privatdetektive regelmäßig selbständige Gewerbetreibende. Die Bezeichnung „Vertreter“ oder „Handelsvertreter“ besagt nichts über das Vorliegen eines Handlungsagentenverhältnisses (selbständiger Gewerbetreibender). Es kommt darauf an, ob die Bestimmungen des zugrunde liegenden Vertrages die Kennzeichen eines Gehilfen- oder eines üblichen Agentenvertrages tragen.

Sehr umfangreich ist die Gesetzgebung und Rechtsprechung bezüglich der sogenannten Hausgewerbetreibenden, die eine Zwischenstufe zwischen selbständigem Unternehmer und unselbständigem gewerblichem Arbeiter darstellen. Das Heimarbeitgesetz von 1934, das dem Schutz der Hausgewerbetreibenden und verwandter Gruppen gewidmet ist, enthält im § 3 folgende Begriffsbestimmung: „Hausgewerbetreibender ist, wer als Gewerbetreibender in eigener Wohnung oder Betriebsstätte im Auftrag und für Rechnung von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern unter eigener Handarbeit Waren herstellt oder bearbeitet, wobei er selbst wesentlich am Stück mitarbeitet. Dies gilt auch dann, wenn der Gewerbetreibende die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschafft oder vorübergehend unmittelbar für den Absatzmarkt arbeitet“. Wichtig in der Gesetzesbestimmung ist die Forderung der eigenen Handarbeit sowie der wesent-

lichen „Arbeit am Stück“, wodurch der Begriff scharf von den kapitalistischen Unternehmern der sogenannten Lohngewerbe, so z. B. des Ausstattungsgerätes in der Textilindustrie abgegrenzt wird. Die Hausgewerbetreibenden sind selbständige Gewerbetreibende, auch wenn das in der obigen Bestimmung nicht ausdrücklich erwähnt ist. Dieses Gesetz wie auch grundsätzlich die R.O.D. versteht unter Gewerbetreibenden stets selbständige Gewerbetreibende. Sogen. Heimarbeiter und Zwischenmeister sind dies dagegen nicht. Unter den ersteren versteht man diejenigen, die, ohne Gewerbetreibende zu sein, in eigener Wohnung oder selbstgewählter Betriebsstätte allein oder unter Mithilfe von Familienangehörigen im Auftrag und für Rechnung von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern gewerblich arbeiten (§ 2 Heimarbeitgesetz). Zwischenmeister ist dagegen, wer die ihm vom Gewerbetreibenden übertragenen Arbeiten an Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende weitergibt. Der Unterschied zwischen dem Hausgewerbetreibenden mit seiner persönlichen Selbständigkeit und dem Heimarbeiter mit seiner persönlichen Abhängigkeit von seinem Auftraggeber hat große versicherungs- und steuerrechtliche Bedeutung, in arbeitsrechtlicher Hinsicht dagegen behandelt das neue Heimarbeitgesetz beide Gruppen gleich. In gewerberechtlicher Hinsicht hat die Unterscheidung bezüglich der Anzeigepflicht ihre Bedeutung erlangt.

Beurteilung bei Fehlen einer eigenen Betriebsstätte

Auch beim Fehlen einer eigenen Betriebsstätte werden in Sonderfällen als selbständige Gewerbetreibende z. B. diejenigen anerkannt, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in Wirtschaften ihre Dienste anbieten, wie die Dienstmänner, Stiefelpolier, Fremdenführer (§§ 37, 76). Diejenigen, die gewerbmäßig musikalische und andere Produktionen darbieten, können von anderen Unternehmern beschäftigt sein (§ 33a) oder selbständige Gewerbetreibende (§§ 33b, 55 Ziff. 4) sein. Bei den sogenannten Hauskapellen in den Gastwirtschaften ist in der Regel der Wirt als Arbeitgeber anzusehen, die Artisten dagegen sind regelmäßig selbständige Gewerbetreibende. Ebenso gelten als selbständige Gewerbetreibende die Personen, die von Staats- oder Kommunalbehörden „öffentlich angestellt“ sind, wie die im § 36 genannten Feldmesser und diejenigen, die den Feingehalt edler Metalle oder die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waren irgendeiner Art feststellen, wie Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Bräuer, Schärer, Stauer usw. Diese Personen verlieren den Charakter als selbständige Gewerbetreibende durch die öffentliche Anstellung nicht. Die erwähnten Funktionen und andere Arbeiten, die freie Gewerbsarten sind, können auch von Staats- oder Gemeindebeamten wahrgenommen werden. (Fortf. folgt)

Die Enteignung von Grundeigentum und von Rechten an Grundstücken

B. Enteignungsbestimmungen in sachlicher Beziehung / Von Polizeioberinspektor Wolter, Berlin

1. Voraussetzung für die Zulässigkeit der Enteignung

a) Voraussetzung für die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung und für die Verleihung des Enteignungsrechts

Soweit dem Unternehmen nicht schon ein Enteignungsrecht kraft Gesetzes zusteht, müssen für die Zulässigkeit der Enteignung (rechtsrechtliche Enteignung) und für die Verleihung des Enteignungsrechts (landesrechtliche Enteignung) folgende Gründe vorliegen:

1. daß das beabsichtigte Unternehmen dem öffentlichen Wohle dient und

2. daß die Ausführung des Unternehmens die Ausübung des Enteignungsrechts erfordert.

Unter dem Begriff „öffentliches Wohl“ ist zu verstehen: das Wohl und die Sicherheit des Staates und das gemeinschaftliche Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes oder eines Teiles desselben im Gegensatz zu den persönlichen Interessen eines Einzelnen aus der Gesamtheit.

Wenn die Voraussetzungen für eine Enteignung vorliegen, hat nach Lage des einzelnen Falles, nach pflichtmäßigem Ermessen und nach vorausgegangener Prüfung durch die zuständige Enteignungsbehörde allein die zuständige Ministerialinstanz (in Preußen der Reichswirtschaftsminister) zu beurteilen. Niemals darf das Enteignungsrecht beansprucht werden, um unter scheinbar vortäuschlichem Vorwande lediglich Privatworte oder sonstige persönliche wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

Der Antragsteller hat in seinem Antrage auf Feststellung der Enteignung oder auf Verleihung des Enteignungsrechts die Gründe eingehend darzulegen und zu beweisen, aus denen das öffentliche Wohl die Enteignung rechtfertigt und ob das Unternehmen in der geplanten Form ausgeführt werden kann und finanziell gesichert ist. Bei genehmigungspflichtigen Anlagen kann das Enteignungsrecht

erst verliehen werden, wenn die Genehmigung erteilt ist. Beglaubigte Abschrift der Genehmigungsurkunde ist dem Antrage beizufügen.

Die Fälle, in denen das Enteignungsrecht auf Grund der noch bestehenden Landesenteignungsgesetze verliehen worden ist bzw. verliehen wird, sind außerordentlich mannigfaltig. So ist z. B. im Land Preußen (Enteignungsbehörde: der Polizeipräsident in Berlin) u. a. die Verleihung des Enteignungsrechts für die Ausführung folgender Unternehmen erfolgt:

für den Bau des Verbindungsaltars zwischen Seebensee und Dämmerke, des großen Entwässerungsgrabens zwischen Tegeler See und Panke,

einer Schule, eines Sportplatzes, einer Gasfernleitung, mehrerer Starkstromüberlandleitungen, von Untergrundbahnen und Kleinbahnen,

von Behördengebäuden und Luftschutzbunkern, für die Errichtung bzw. Erweiterung von industriellen Privatbetrieben, die öffentlichen Zwecken dienen,

von öffentlichen Straßen und Wegen, zur Beschränkung von Grundeigentum zwecks Anbringung oder Aufstellung von Tragvorrichtungen für die Straßenbahnüberleitungen,

zur Enteignung von dinglichen Rechten, von Miet- und Pachtrechten auf Grundstücken, deren Baulichkeiten für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen werden müssen,

zur Enteignung von Grundeigentum zwecks Sanierung der Altstadt.

In Bayern, Braunschweig, Hessen, Sachsen und Württemberg bestehen noch einschränkende Vorschriften. In Preußen ist nach dem Landesenteignungsgesetz in Bayern die Enteignung nur für bestimmte, im Gesetz besonders angeführte Fälle zulässig und nach den Landesenteignungsgesetzen der vier anderen genannten Länder nur für

das Hauptbuch ist in jeder Kasse zu führen. In ihm wird der gesamte Zahlungsvorfall buchmäßig festgehalten. Die Führung des Hauptbuches obliegt dem Kassenseiter. Je nach Art und Menge der zu buchenden Zahlungen bleibt es dem Kassenseiter überlassen, für das Hauptbuch die Vorzüge mit Sachbuchspalten oder mit Buchhalterispalten zu benutzen. Im Hauptbuch werden die Einzahlungen und Auszahlungen getrennt voneinander nachgewiesen. Alle Einzahlungen und Auszahlungen müssen entweder einzeln, falls nicht summarische Buchung möglich ist, oder mit den Endbeträgen der Tagesnachweisungen oder den Vorbüchern täglich gebucht werden. Eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist es, wenn für Einzahlungen und Auszahlungen besondere Teilbände angelegt werden. Die Eintragungen im Hauptbuch erfolgen unter jahresweise fortlaufenden Nummern.

Das Hauptbuch enthält grundsätzlich Spalten für die laufende Nummer und den Tag der Buchung, die Bezeichnung des Einzahlungspflichtigen oder Empfängers, den Grund der Eintragung und den Betrag der Zahlung, der auf der gleichen Zeile in weiteren Spalten — Sachspalten — vermerkt wird. Eine Spalte ist für den Betrag am Tagesabschluß bzw. den Gesamtbetrag vorzulegen. Führt die Kasse besondere Sachbücher, so ist es zweckmäßig, das Hauptbuch so zu gestalten, daß die aufgeführten Sachbuchspalten im Hauptbuch am Monatsabschluß mit den Ergebnissen der Sachbücher abgestimmt werden können.

In jedem Fall muß die Aufrechnung der Spalte „Gesamtbetrag“ übereinstimmen mit den Summen der Einzahlungen und Auszahlungen in den Zergliederungsspalten.

Zum Schluß der Kassentenden muß das Hauptbuch für den Tagesabschluß täglich zur Ermittlung der Tagessumme abgeschlossen werden. Zur Darstellung des Tagesabschlusses ist im Hauptbuch hinter den Auszahlungen ein besonderer Anhang einzutragen. Durch den Tagesabschluß wird der Kassenseiter über den tatsächlichen Kassensollbestand informiert. Der Kassenseiter hat die Richtigkeit des Tagesabschlusses im Anhang zum Hauptbuch durch seine Unterschrift anzuerkennen. Vorher sind alle Buchungssubstraten von ihm nachzuprüfen. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Geldbestände.

Zu 1: Alle Eintragungen in den Kassentenden sind deutlich lesbar mit schwarzer Tinte vorzunehmen. Abfegungen von der Einnahme oder Ausgabe sind mit roter Tinte einzutragen. Zu Eintragungen in der Tagessumme des Kassiers darf Tintenstift verwendet werden. Alle Zahlungen müssen sogleich gebucht werden. Bei der Eintragung von Zahlungen nach der Zeitfolge dürfen keine Zeilen freigelassen werden. Für die Eintragung des Tagessumme ist eine besondere Spalte vorgesehen. Abfegungen von den gebuchten Beträgen sind beim Aufrechnen von der Seiten- oder Gesamtsomme abzuziehen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Rechnung desjenigen Jahres nachzuweisen, in dem sie eingegangen oder geleistet sind. Im Laufe des Rechnungsjahres sind vereinnahmte Beträge, die von der Reichskasse noch vor Abschluß der Bücher an die Einzahler zurückgezahlt werden müssen, von der Einnahme wieder rot abzuziehen. Zurückgezahlte Gerichtskosten und Geldstrafen sind ohne Rücksicht auf das Rechnungsjahr in jedem Fall von der Einnahme abzuziehen. Sind vorausgegebene Beträge an die Reichskasse zurückgehalten, so sind sie von der Ausgabe wieder abzuziehen, solange die betreffenden Fonds noch offen sind, d. h., sie müssen noch vor dem Jahresabschluß der Bücher zurückgezahlt sein. Zuviel gezahlte Besoldungs- und Versorgungsgebühren sowie zuviel gezahlte Dienstbezüge an Angestellte und Lohnempfänger sind stets von der Ausgabe wieder abzuziehen (rot) ohne Rücksicht auf das Rechnungsjahr.

Für die Darstellung der Buchungen im Hauptbuch werden Vorzüge mit folgender Einteilung benutzt:

Hauptbuch — Band Einzahlung —

Spalte 1 = lfd. Nr., Spalte 2 = Tag der Eintragung, Spalte 3 = Bezeichnung des Einzahlungspflichtigen, Spalte 4 = Betrag im einzelnen, Spalte 5 = Betrag am Tagesabschluß (Tagessumme aus Spalte 4), Spalte 6 = Hausaltseinnahmen, Spalte 7 = Kassensollbestandsveränderungen, Spalte 8 = Verwahrungen, Spalte 9 = Vorzuschüsse.

Hauptbuch — Band Auszahlung —

Spalte 1 = lfd. Nr., Spalte 2 = Tag der Eintragung, Spalte 3 = Bezeichnung des Empfängers, Spalte 4 = Betrag im einzelnen, Spalte 5 = Betrag am Tagesabschluß (Tagessumme aus Spalte 4), Spalte 6 = persönliche Haushaltsausgaben, Spalte 7 = die übrigen Haushaltsausgaben, Spalte 8 = Ablieferungen, Spalte 9 = Verwahrungen, Spalte 10 = Vorzuschüsse.

Danach ergibt sich für die Buchungsvorfälle in der Einnahme nebenstehendes Bild.

Zu vermerken bleibt, daß die in den Zergliederungsspalten ausgebrachten und aufgerechneten Beträge mit der Summe in den Spalten 5 übereinstimmen müssen.

Zu 2: Ein Tagesabschluß ist regelmäßig zu fertigen, wenn im Laufe des Tages Zahlungen bewirkt worden sind; denn nur durch Zahlungen kann der Kassensollbestand geändert werden. Es muß also eine Einzahlung angenommen oder eine Auszahlung geleistet sein, und zwar entweder durch Uebergabe oder durch Ueberweisung von Zahlungsmitteln, durch Scheck, durch Ueberweisung, durch Zahlkarte oder Postanweisung.

Für den Anhang zum Hauptbuch ist ein Muster zu verwenden, dessen Kopie so aussieht: Spalte 1 = Tag, Spalte 2 = letzter Kassensollbestand, Spalte 3 = Tagessumme des Hauptbuches — Bd. Einnahme —, Spalte 4 = Summe von Spalten 2 und 3, Spalte 5 = davon ab die Summe des Hauptbuches — Bd. Ausgabe —, Spalte 6 = Kassensollbestand (Spalte 4 weniger Spalte 5), Spalte 7 = Vorhandener Kassensollbestand, Spalte 8 = Bargeld, Spalte 9 = Sonstige Zahlungsmittel, Spalte 10 = Guthaben beim Postkassant, Spalte 11 = Guthaben bei der Reichsbank, Spalte 12 = Guthaben beim Kommunalgrosconto, Spalte 13 = pp.

Täglich nach Schluß der Kassentenden hat der Kassenseiter im Hauptbuch die Tagessumme der Einzahlungen und der Auszahlungen zu bilden und diese im Anhang zum Hauptbuch nachzuweisen. Dem zuletzt buchmäßig festgestellten Kassensollbestand ist die Tagessumme der Einzahlungen hinzuzurechnen, die Summe beider Rechenposten auszubringen, die Tages-

Buchungsvorfälle in der Einnahme

					daneben aus- gebracht in	
4845	26. 5. 3. Arim.-Nat				Spalte 8	
	Umbuchung (Steuern)	19	338	20		
6	Umb. d. Lohn- steuer nach Kassen- bestandsver- änderung	23	018	15		7
7	Polizeistraf- gelder lt. Zu- sammenstellg. Regierungs- hauptkasse K. Umbuchung (Zulagever- gungsmarkten) K. Pol.-Sekt. zahlt Gehalts- vorzuschuß zurück J. Arim.-Nat. zahlt Geld- buße ein	74		50		6
8	Landwirt. Erlös f. aus- gef. Dienst- pferde	862				6
9	Staatsanw. K. Entschädig. f. Benutzung v. pol. Dienst- kraftwagen . . .	92		40		6
4850	Verw.-Geb. lt. Einnahmebuch K. Scholz, Er- lös für aus- gef. Alten . . .	800				6
1		37		80	26 608	338
2					68	338

Die Ausgabebeispiele entwickeln sich so:

					daneben aus- gebracht in	
6230	26. 5. 3. Pol.-Ansp.				Spalte 7	
	zahlt Unzu- gänglichkeits- kosten zurück rot	220	338	—		
1	Ga. S. Rech- nung f. gelief. Sofa	865		70		7
2	Arim.-Nat. zahlt Gehalts- nachschuß . . .	147		83		6
3	Pol.-Major Abschlag auf Reisekosten . .	170				7
4	Umbuchung d. Lohnsteuer n. Kassen- bestandsverf. .	23	018	15		9
5	Adler. Apo- theker, Rechng. f. Medikamente An Stadt- hauptkasse K. Werte	17		52		7
6	Ga. K. Rechng. f. Malerarbeit .	1800				7
7	Regierungs- hauptkasse K. Umbuchung nach Kassen- bestandsverf. .	1564		63		9
8	M. Hauptw. d. Sch. überhob. Dienstbezüge rot	47		50		6
9	Sp. Pol.-Ansp. zahlt Reise- kosten zurück rot	16		20	31 300	338
6240					13	338

Summe der Auszahlungen abzuziehen und somit der neue Kassensollbestand zu ermitteln. Von dem Kassier und ggf. von den Schalterbeamten an ihn abzuführende Zahlungsmittel hat er an Hand des Sortenzettels und der sonstigen Aufzeichnungen zu prüfen und zu übernehmen. Die Eintragungen in den Kontogegenbüchern und die Guthaben sind von ihm nach den Kontoauszügen, die im Schecküberwachungsbuch nach den vorliegenden Schecks und Ueberweisungsaufträgen nachzuprüfen. Nach Uebernahme auch dieser Beträge hat er den Kassensollbestand zu ermitteln (Kassensollbestandsaufnahme). Der Kassensollbestand ist dem Kassensollbestand nummehre gegenüberzustellen. Der Kassenseiter hat im Anhang zum Hauptbuch ersichtlich zu machen, wie sich der Kassensollbestand aus Zahlungsmitteln und Guthaben zusammensetzt. Unstimmigkeiten, die sich bei der Gegenüberstellung des Kassensollbestandes mit dem Kassensollbestand ergeben, sind sofort aufzuklären.

Der Kassenfolienbestand für den 26. 5. wird folgendermaßen errechnet:
 Regter Kassenfolienbestand (am 26. 5.) 7 736 RM. 95 Pf.
 Dazu Tagessumme des Hauptbuches
 — Ab. Einzahlung — (26. 5.) 26 608 " 68 "

Summe 34 345 RM. 63 Pf.
 Davon ab die Tagessumme des Hauptbuches
 — Ab. Auszahlung — (26. 5.) 31 300 " 13 "

bleibt Kassenfolienbestand 3 045 RM. 50 Pf.
 der Kassenbestand beträgt 3 045 " 50 "

Mithin ergibt die Gegenüberstellung die Richtigkeit des Tagesabchlusses. Um noch ersichtlich zu machen, wie sich der Kassenbestand aus Zahlungs- mitteln und Guthaben zusammensetzt, ist die Veränderung gegenüber den Beständen des Vortages zu veranschaulichen. Jede durch Uebergabe oder Ueberleitung von Zahlungsmitteln bewirkte Voreinzahlung oder Voraus- zahlung ist sofort in eine Kasse einzutragen. Sämtliche Kontogegenbücher sind nach jeder Veränderung abzuschießen. Es ist zu prüfen, ob der er- mittelte Bestand mit den Kontoauszügen übereinstimmt. Zum Tages- abschluß sind die Bestandssummen aus den Gegenbüchern zu entnehmen.

Von den am 26. 5. bewirkten Einzahlungen entfallen auf:

Darzahlung: 26,— RM. + 60,— RM. + 20,— RM. + 860,— RM. = 966,— RM.

Postfisch: 43,50 RM. + 92,40 RM. = 135,90 RM.

Reichsbank: 4,— RM. + 862,— RM. = 867,— RM.

Kommunalgeld: — RM. = 37,80 RM.

Die Auszahlungen am 26. 5. verteilen sich auf:

Darzahlung rot 220,— RM. + 128,63 RM. + 170,— RM. = 518,63 RM.

+ 17,52 RM. + rot 47,50 RM. + rot 16,20 RM. = 81,22 RM.

Postfisch: — RM. = 865,70 RM.

Reichsbank 4000,— RM. + 1800,— RM. = 5800,— RM.

Am 26. 5. wurden als Bestände nachgewiesen:

Einnahme am 26. 5. 966,— " 135,90 " 867,— " 37,80 "

Zusammen 2166,— RM. 935,90 RM. 5867,— RM. 774,75 RM.

Ausgabe am 26. 5. 32,45 " 865,70 " 5800,— " — "

bleibt Bestand 2133,55 RM. 70,20 RM. 67,— RM. 774,75 RM.

Das Zusammenrechnen der einzelnen Bestände ergibt die Summe des vorhandenen Kassenbestandes, der sich wiederum mit dem Kassenfolienbestand deckt (3045,50 RM.).

Zustand A 25

a) Der Arbeitsmann Franz A. zuletzt Steinschlager, verheiratet seit 19. 10. 1940 mit Marie, geb. Müller, wird am 6. 2. 1941 zur Ableistung der Arbeitsdienstpflicht eingezogen. Seine RM. -Abteilung wird im Operationsgebiet des Ostens zur Hilfspolizei im Rahmen der Wehrmacht zu Straßenbauarbeiten eingeteilt. In der Nacht vom 15. zum 16. 7. 1941 wurde die Abteilung von Russen überfallen und mit Granatwerfern, Handgranaten usw. beschossen. In dem Gefecht wurde A. so schwer verwundet, daß er an den Folgen am 17. 7. 1941 verstarb.

Außer der Witwe, die in einem Ort der Ostfront B wohnt, hinterläßt A. noch die Tochter Herta, geboren am 22. 2. 1941. Seit der Einziehung des Ernährers erhielten sie vom Landrat des Kreises, Abt. für Familienunterhalt, monatlich 86 RM. Familienunterhalt gezahlt. Der Verstorbene

Ly Federn
 tragen die **LY** Hochprägung

4 Bücher aus dem Zeitgeschehen

1. Josef Graber, **Mit Bomben und MG über Polen** (K.F. -Kriegsberichte der Luftwaffe), 294 S., 61 Fotos RM 2.85
2. Oblt. Heinz Pape, **Wir suchen den Feind** (Kampf der Aufklärer i. Westen), 348 S., RM 4.40
3. Oblt. Fritz Fechner, **Panzer am Feind** (Kampferlebnisse eines Regiments im West), 298 S., RM 4.40
4. E. Murawski, **Der Durchbruch im Westen** (Chronik des französischen Zusammenbruchs), 343 S., RM 4.20

Preis der 4 Bände zusammen RM 15.95
 Bei Vorauszahlung Lieferung portofrei.
 Nachnahmevers. geg. Berechn. d. Portos.

MENTOR-VERLAG
 Abt. Reise- und Versandbuchhandlung
 Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29-30

Spendet für das WHW.

Deutsche Reichs-Lotterie

Ueber 100 Millionen RM Mark

= 480.000 Gewinne und 37.741.000

Als Prämie, wie als Gewinn, sind fünfmal hunderttausend und dennoch ganz besonders stark auch drei- und vier- und fünfzehntausend Mark

6 x 500 000
 3 x 300 000
 3 x 200 000
 18 x 100 000
 24 x 50 000 u.s.w.

Lospreise in jeder der 5 Klassen
 1/3 - 1/4 - 1/5 - 1/6 - 1/12 - 1/24 -

Ziehung 1. Klasse 16. u. 17. Okt. 1942
 Versand von Losen u. Gewinnlisten durch

Hermann Straube
 Leipzig 11, Auenstr. 10

wurde während der Einziehung mit Wehrsold, freier Verpflegung und Kleidung abgesondert.

Die zuständige Arbeitsdienststelle läßt der Witwe unter Zugrundelegung der Friedensbezüge (Taschengeld und Wert der Verpflegung) ein Sterbegeld nach § 98 RM. -G. — M in Höhe von zusammen 145,23 RM. für die Zeit vom 1. 8. bis 31. 10. 1941 zahlen. Die Witwe ist nicht im Arbeitsdienst. Die Hinterbliebenenrenten werden mit Bescheid vom 4. 12. 1941 bewilligt.

b) Der Antrag der Witwe auf Zuerkennung einer Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung wird zurückgewiesen, weil der Verstorbene nur 9 Monate gelebt und daher angeblich die Wartezeit nicht erfüllt hat.

c) Durch besondere Umstände ist die Witwe in Not geraten und läßt sich unter Abtretung der Hinterbliebenenbezüge nach dem RM. -G. — M ein Darlehen von der Fürsorgestelle auszahlen. Unter Beifügung der schriftlichen Abtretungserklärung erbitet die Fürsorgestelle die Erstattung des Betrages.

Fragen

zu a): Welche Dienststellen führen das Fürsorge- und Versorgungs- verfahren durch, und nach welchen Gesetzesvorschriften gewähren sie die Hinterbliebenenbezüge?

zu b): Kann die Witwe Ansprüche auf Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung geltend machen?

zu c): Was war bei Abtretung und Gewährung des Darlehens zu be- achten?

(Lösung folgt)

Aus dem Reichsbund

Wieder ein neuer Fernunterrichtslehrgang

Bis zu 2000 Berufskameraden können zugelassen werden

Der Fernunterricht des RM. ist für viele Berufskameraden bereits zu einer unentbehrlichen Einrichtung geworden. Die hohe Zahl der Teil- nehmer an diesen Lehrgängen beweist, daß das Streben nach fachlicher Fortbildung in der Beamenschaft nach wie vor sehr groß ist. Wegen Raummangel wird hier auf weitere Ausführungen verzichtet. Es wird vielmehr auf die Ausführungen auf S. 34 der Nr. 3/4 dieser Zeitschrift (1942) verwiesen.

Der nächste Fernunterrichtslehrgang beginnt am 1. November 1942 und endet am 30. 4. 1943. Die Teilnehmer müssen sich verpflichten, alle in den Fernunterrichtsblättern gestellten Hausaufgaben zu lösen und, soweit verlangt, zur Begutachtung einzusenden. Die Arbeiten werden zensiert zurückgegeben. Ueber die ordentliche Teilnahme am Lehrgang wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt.

Während des Lehrgangs werden drei Fernunterrichtsblätter heraus- gegeben. In jedem Fernunterrichtsblatt werden zwei Hausaufgaben ge- stellt. Außerdem werden in den Fernunterrichtsblättern Lösungsaufgaben gestellt, die von den Teilnehmern ebenfalls zu lösen, aber nicht ein- zusenden sind. Die Musterlösungen dieser Aufgaben werden in den Fern- unterrichtsblättern abgedruckt.

Zum Lehrgang des gehobenen Dienstes können auch diejenigen Berufskameraden des mittleren Dienstes zu- gelassen werden, die durch besondere Ver- fügung ihrer Behörde zur Laufbahn für den gehobenen Dienst zu- gelassen sind. Die Zu- lassungsverfügung ist in Spalte 6 anzuge- ben. Beamte des ein-

ROT BART KLINGEN
 Gut rasiert - gut gelaunt!

3 HERZBLÄTTER
 Die Schutzmarke unserer Präparate
 TOGAL-WERK GERH. F. SCHMIDT
 Fabrik pharmaz. u. kosm. Präparate
 MONCHEN

Sohlen sparen!
 Wege sparen! Zeit sparen!
 Was zu zahlen ist, das zahlen Sie durch
 Einfach - schnell - sicher
 Gut bedient und gut beraten durch die öffentlichen, mündelsicheren **SPARKASSEN**

fachen Dienstes können uneingeschränkt an den Lehrgang des mittleren Dienstes teilnehmen.

Für die Anmeldung zur Teilnahme an dem Fernunterrichtslehrgang ist ein Blatt nach folgendem Muster in doppelter Ausfertigung zu ver- wenden (Vordrucke können nicht geliefert werden):

An den Reichsfachschaftsleiter 7 — Unterrichtsleitung — beim Reichs- walter des RM. in Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 25.

Anmeldung zur Teilnahme am zusätzlichen fachlichen Unterricht der Fachschaft 7

Name	Bor- name	Amts- bezeich- nung	Ge- burts- tag	Dienst- behörde	Abge- legte Prüf- ungen	Noch abzu- legende Fach- prü- fungen	Anschrift
1	2	3	4	5	6	7	8

Ich bitte um Zulassung zu dem Lehrgang des mittleren — des ge- hobenen — Dienstes.

(Deutliche Unterschrift)

Ablauf der Meldefrist ist der 25. 10. 1942. Nach diesem Zeitpunkt ein- gehende Anmeldungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Vor der Anmeldung prüfe sich jeder ernsthaft, ob er gewillt ist, den ganzen Lehrgang durchzuhalten, da nur dann ihm und der Unterrichts- leitung mit seiner Anmeldung gedient ist.

Mitteilungen der Spruchkammer

Gegen den ehemaligen Regierungsinспектор Hans Krohn, früher Wenzel- dorf (Post Rönningstedt), Kieler Str., geb. 8. 12. 1899, der ehe- maligen Hilfspostschaffner Alois Wöhl, früher Stuttgart-R., Kronenstr. 33, geb. 20. 10. 1924, Fa. 2, den ehemaligen Stellwerksmeister Karl Möblich,

Hauptschiffmeister Hansalbrecht Wiese (z. Z. i. Wehrmacht), i. V.: Dr. jur. Wilhelm Lersch, Bin. Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 25; Ruf: 2400 14. Druck: Deutscher Verlag, Berlin / Anzeigenpreis: i. d. Gesamtaufl. d. NSBZ: Nr. 11, f. d. Ztschr.: Nr. 6 / Ersch. monatl. / Bezugspr. halbjährl. 1,38 RM. (einschl. 5,58 Rpf. Postzeitungsgeb.) zuzügl. 12 Rpf. Zustellgeld. Einzel 25 Rpf.

Das Verbandpflaster

LEUKOPLAST
 klebkräftig und haltbar wie immer!

Ingenieur- schule Mittweida

Maschinenbau und Elektrotechnik. Gabe- lungen: Kraftfahrwesen u. Landmaschinen- technik. — Druckschriften kostenlos!

Starke Nerven

Lambrecht's Nerventee ...
 das bekömmliche beruhigende Abendsgetränk. — Ein vorzügliches bewährtes Hausmittel. Bestell-Nr. 515 1 Pkg. i. etwa 3 Woch. ausreicht. RM 1.60. Lieferung d. Nachn. (Porto extra) Auf Wunsch Prosp. kostenlos E. Lambrecht & Co., Frankfurt a. M. Schließfach 144/HA

...und immer wieder **Toussaint- Langenscheidt** zum Sprachenlernen!
 Viele Hunderttausende haben bereits nach Toussaint-Langenscheidt ge- lernt und glänzende Erfolge erzielt.
 Für alle wichtigeren Sprachen bearbeitet, liegen vor:
 Unterrichtsbücher zum Studium frem- der Sprachen durch Selbstunterricht für Anfänger und für Fortgeschrittene, Schullehrbücher, fremdsprachliche Lektüre, Wörterbücher, Reisesprach- führer, Konversationsbücher, Bücher für die Handelskorrespondenz, Über- setzungsaufgaben u. a. m.
 Sowie lieferbar, durch jede Buchhandlung zu beziehen

Knochen

enthalten auch nach der Haus- haltsverwertung noch Ausgange- punkte für so wichtige In- dustriepunkte. Darum: nicht verbrennen oder verflüssigen, son- dern dem näch- sten Schmelz- mitgeben.

Heitmann
 Rost- u. Fleck-Entferner
 sehr wirksam, ganz unschädlich!

Der Beamte finanziert sein Eigenheim

mit Hilfe des **Beamtenheimstättenwerkes** des Reichsbundes der Deutschen Beamten
 Organ zur Durchführung des Beamtenheimstättenwerkes
 Beamtenheimstättenwerke G. m. b. H.
 Berlin · Charlottenburg 9, Breitenallee 3 und 5

- Verzinsung der Sparguthaben mit 3% jährlich
 - Zuteilung in voller Höhe der Baufparsumme
 - Sofortige Zwischenfinanzierung für alle Heimstätten- zwecke ohne jede Wartezeit durch vorzeitige Darlehen
 - Beleihung bis zu 100% des Bau- und Bodenwertes
 - Beachtliche Steuerbegünstigungen
 - Lebensversicherungsschutz bei Darlehensgewährung
 - Sicherheit auf Grund des Beamtenheimstättenwerkes
- Ausführungsrichtlinien und Beratung kostenlos und unverbindlich

Fertige Anzüge

3-teilig, schön und modern, nur für Normalfiguren: 44, 46, 48, 50, 52. Preis ca. RM 75.— sowie 80 Punkte. Verlangen Sie erst Musterangebot. (Umtausch oder Geld zurück).

Heitmann
 Rost- u. Fleck-Entferner
 sehr wirksam, ganz unschädlich!

8. Deutsche Reichs-Lotterie

Ausgespielt werden wieder über **102 Millionen RM**

1/5 Los **RM 3.—** je Klasse

Ziehungsbeginn

1. Klasse 16. Oktober 1942

Bestellen Sie daher sofort bei **Baldorf / Bad Schandau**

Staatl. Lotterie-Einnahme

Bitte wählen Sie eine oder mehrere der unten aufgeführten Original-Losnummern

148680 160361 160405 155611
 160363 160407 155614 160366
 160413 155623 160369 160415